

△ Berlin, 11. Dezember. Seit gestern sind in der Stadt wie auch in den politischen Kreisen Gerüchte über weitgreifende Veränderungen im Personal des Staats-Ministeriums verbreitet. Diesen Gerüchten gegenüber, welche an die Thatsache von dem bevorstehenden Rücktritt des Kriegs-Ministers und des Ministers für die Landwirtschaft anknüpfen und daher auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen, ist zu konstatiren, daß bis jetzt ernstlich nur von den Entlassungsgesuchen der Herren von Roon und von Schowow die Rede ist. Was das Gesuch des Kriegs-Ministers betrifft, so ist die förmliche Mittheilung der „Kreuz-Ztg.“ so gefaßt, als ob die frühere Mittheilung über einen Urlaub des genannten Ministers unrichtig gewesen sei. Das Sachverhältniß ist jedoch, wie ich erfahre, Folgendes: Der Kriegs-Minister hatte sich zunächst vom Kaiser einen Urlaub erbitten, wie man annimmt, in der Absicht, das beschlossene Entlassungsgesuch bis zur Rückkehr des Ministerpräsidenten aus Barmen zu verlegen. Nachdem ihm jedoch der Kaiser den Urlaub für längere Zeit, d. h. bis zum Frühjahr angeboten hatte, hat der Minister in der That auch ein förmliches Entlassungsgesuch eingereicht. In Folge dessen wurde vom Kaiser der Oberst von Albedyll mit einer Mission an den Kriegs-Minister nach Gütergutz gesandt, doch scheint es, daß dieser bis jetzt an dem Entschlusse des Ausscheidens aus dem Staats-Ministerium festhält. Hierauf beschränkt sich das Thatsächliche; alle Gerüchte über den Rücktritt noch weiterer Minister sind vorzeitig. Die „Kreuz-Ztg.“ freut sich allerdings dieser Gerüchte und verbreitet sie mit besonderer Vorliebe. In ihrem Lager scheint überhaupt wieder der Muth zu wachsen, zum Theil bis zum Grade der Trunkenheit; anders ist die geradezu sinnlose Einleitung des Berichts über ein Fest der Ultrakonservativen nicht zu erklären. Wie übrigens die freudig gehobene Stimmung bei diesem Feste, auf welchem Herr von Kleist-Rekow vorzugsweise das Wort geführt hat, mit der düsteren Prophezeiung von dem Untergange Preußens zu reimen ist, da doch die Herren von der äußersten Rechten den Verdacht, „schlechte Patrioten“ zu sein, so energisch zurückweisen, — darüber wird vielleicht die „Kreuz-Ztg.“ uns in einem weiteren, im nüchternen Zustande verfaßten Artikel belehren.

2 Berlin, 11. Dezember. Ein Nachfolger für Selchow ist noch nicht gefunden. Um dem Ministerium Zeit zu gönnen, sich in Ruhe wieder zu ergänzen, beabsichtigt Präsident Jordanbeck früh Weichholtz'serie zu machen. Zuvor aber sollen noch alle Gesetzesvorlagen die erste Lesung passieren. Es ist leicht erklärlich, daß als Nachfolger für Selchow auch der Präsident des Landesökonomikollegiums von Nathusius genannt wird. Bismarck berief denselben unlängst zum Beauftragten landwirtschaftlicher Interessen zum Mitglied des Bundesraths. Konservativ genug wäre der Herr schon zum landwirtschaftlichen Minister, aber einestheils fehlt es ihm an jeglicher Bewandtheit im öffentlichen Auftreten (Selchow soll gegen ihn ein wahrer Demesphones sein), sodann ist er auch nicht so recht vornehm, wie dies von dem Träger eines so überaus bequemen Portefeuilles verlangt wird. Bei der Generaldiskussion des Etats, wurde von einem Redner bemerkt, daß im landwirtschaftlichen Etat Alles wie Kraut und Rüben durcheinanderfiele. Der Finanzminister vertröstete auf die Budgetkommission wo dieser Vorwurf „siegreich“ wiederlegt werden würde. Die Budgetkommission aber hat den Vorwurf gerechtfertigt gefunden und die Hauptkapitel des Etats einer Subkommission zur gänzlichen Umarbeitung überwiesen. Auch Ikenplitz's Rücktritt wird als nahe bevorstehend angenommen. Der alte Herr findet nach der Art eines Benchmens in der Kreisordnungsfrage weder im Abgeordnetenhaus noch im Herrenhause den geringsten Anklang mehr. Seine Scherze bei der Budgetdebatte wurden nicht, wie die Berichte rückfichtsvoll meldeten mit „Heiterkeit“, sondern mit „Gelächter“ aufgenommen. Ikenplitz hat in der That schon vor einigen Wochen sein Abschiedsgesuch eingereicht. Dasselbe war indeß vom Könige, der an Ikenplitz Wesen Gefallen findet und sich an den alten Mann einmal gewöhnt hat, nicht angenommen worden. Indes begiebt man sich gegenseitig vor, darauf wieder zurückzukommen. Ikenplitz wünscht nun mit einem gewissen Applaus und einer gewissen Feierlichkeit von der Bühne abzutreten. Eine passende Gelegenheit dafür soll ihm das Durchbringen des großen Eisenbahnanleihegesetzes erscheinen, dessen Vorlage täglich erwartet wird. Zu-letzt will Ikenplitz das vom Abgeordnetenhaus in jedem Jahr ver-angte Gesetz über die Befugnisse der Eisenbahn-Kommissariate endlich vorlegen. — Gegen anderweitigen Nachrichten kann ich aus bester Quelle versichern, daß die Regierung nicht die Absicht hat, die Pensionen der Beamten oder gar der Offiziere zu erhöhen. Die statistischen Ermittlungen, welche gegenwärtig im Gange sind, haben ledig-lich den Zweck, zu untersuchen, ob die Unterstützungsfonds für pensio-nirte Beamte ausreichend sind. — Zwischen der Budgetkommission und dem Kultusministerium wird sehr eingehend verhandelt über eine wei-tere Erhöhung des Unterrichtsetats, und zwar im Betrage von einer Million. Davon sollen etwa 240,000 Thlr. gebraucht werden, um bei allen Gymnasien — ohne Unterschied, ob sie königlich, städtisch oder kirchlich sind — den vorjährigen Normalbesoldungsetat zu erhöhen, während der Rest zu weiteren Dotationen für Elementarlehrer ver-wandt werden soll. — Bei Minister Falk fand gestern Abend ein parlamentarisches Essen statt, an welchem Vertreter aller Parteien, seitens der Klerikalen insbesondere die Abgg. Reichensperger, Herding und Peters, Theil nahmen. Der Plan, ein Kreisordnungsgesetz zu ar-beitigen, ist an dem ausdrücklichen Widerspruch der Fortschrittspartei gescheitert. Die Fortschrittspartei vermag die Kreisordnung nur als erste Etappe zur gründlichen und liberalen Reform der Verwaltung anzusehen und will insbesondere Alles vermeiden, was auch nur ent-

fernt als eine Verherrlichung des Ministers Eulenburg aufgefaßt werden könnte. — Dem Herrenhause ist ein Gesetzentwurf, betreffend den Rechtszustand des Zahdegebiets vorgelegt worden. Diese etwa 2000 Morgen umfassende preussische Enklave ist bisher von der Admiration in oberster Instanz, von den benachbarten oldenburgischen Behörden in unterster Instanz verwaltet worden. Während Oldenburg selbst sich längst eines reformirten Rechts erfreut, war im Zahdegebiet das zur Zeit der Abtretung geltende alte oldenburg'sche Recht in Geltung geblieben. Nachdem die Einwohnerzahl im Zahdegebiet sich bis auf etwa 7000 Köpfe, darunter 200 Militärfunktionen, vermehrt hat, konnten diese Zustände nicht fortauern. Es soll daher nunmehr das Zahdegebiet in bürgerlichen Dingen unter bürgerliche Verwaltung gestellt und der Provinz Hannover, insbesondere dem Amt Wittmund, Landrostei Aurich, einverleibt werden. Zugleich soll die gesammte in Ostfriesland geltende Gesetzgebung für das Zahdegebiet eingeführt werden. Zur Zeit besteht im Zahdegebiet noch keinerlei konstituirte Gemeinde, sondern nur Gruppen von Ansiedelungen, welche theils als Wilhelmshaven, theils als Neuheppenz, Neu-Elfsaß und Neu-Vothringen bezeichnet werden. Die ungünstigen Preis- und Verkehrsverhältnisse — dies müssen selbst die Motive zugestehen — erschweren dort jede Art von Unternehmung beträchtlich.

— Der Befug des Prinzen Karl von Preußen in Petersburg ist ein neuer Beweis des guten und freundschaftlichen Einvernehmens zwischen Deutschland und Rußland. Den telegraphischen Berichten des „Reichsanzeigers“ aus Petersburg entnehmen wir darüber folgende Einzelheiten:

Am 6. Dezember Mittag, 1/12 Uhr begab sich der Kaiser von Augsland mit den Großfürsten in preussischer Generals-Uniform nach dem Bahnhof der Warschau-Petersburger Eisenbahn um den Prinzen Karl von Preußen zu empfangen. Der preussische Militärbevollmächtigte, General von Berder, und der Vertreter des noch in Berlin zurückgehaltenen Botschafters des deutschen Reichs, Prinz Reuß, waren bereits früh nach Zarstoke-Sjelo vorausgefahren. Auf dem Perron des Bahnhofes war eine Kompanie des Ismailowschen Leib-Garde-Infanterie-Regiments, mit der Muffel und der Fahne des 1. Bataillons dieses Regiments aufgestellt; die Muffel intonierte die preussische Nationalhymne in dem Augenblick, wo der Ertrazug in die Bahnhofshalle einfuhr. Bis zur Grenze waren die zum Ehrendienst befohlenen Offiziere bereits entgegen gefahren. In der Stadt waren vom Bahnhofe bis zum Winterpalais in allen Straßen, die der Zug passirte, russische, deutsche und preussische Flaggen von Privathäusern aufgesteckt, und das Publikum hatte sich in den belebtesten Straßen versammelt, um den Gast an der Seite des Kaisers zu begrüßen. Der Prinz trug die Uniform eines russischen General-Feldmarschalls und ging, nachdem derselbe mit dreimaliger Umarmung durch den Kaiser Alexander begrüßt worden war, mit demselben an der Front der Ehrenwache entlang, am rechten Flügel die Mannschaften in russischer Sprache mit dem bekannten Gruße anrufend. Nach Vorstellung des prinzlichen Gefolges in den Empfangsälen des Bahnhofes wurden die kaiserlichen Equipagen bestiegen, um nach dem Winterpalais zu fahren, wo Prinz Karl in unmittelbarer Nähe der kaiserlichen Gemächer seine Wohnung nahm. — Der schönste Sonnenschein eines petersburger Wintertages, mit 10 Grad Kälte und eine gleichmäßige Schneedecke begünstigte die Ankunft, während an der Grenze, sowie in Warschau und Wilna gestern Abend noch 5 Grad Wärme waren. Am 7. Dezember wohnte Prinz Karl dem Appell (Rasnod) in der Michailowskischen Manege bei, welchen der Kaiser zu Ehren der morgen zum St. Georgen-feste eingeladenen Ritter dieses Ordens abhielt. Der Prinz wurde mit den einem General-Feldmarschall der russischen Armee zustehenden Ehren empfangen und ging an der Seite des Kaisers die in einem säklichen Biered an den Wänden des ungeheuren Saales aufgestellten Truppen entlang, wobei der Kaiser demselben besonders verdienstliche Krieger, namentlich aus der kaukasischen Armee, vorstellte, von denen einige für wiederholt tapfere Thaten das Ehrenzeichen des St. Georgenordens vier Mal trugen. Dem Abnehmen der Honneurs folgte ein zweimaliger Vorbeimarsch, bei welchem die Deputationen der verschiedenen Truppenteile in Zügen kombiniert waren, die Kavallerie zu Fuß. Der Kaiser stellte dem Prinzen hierauf die Personen seiner militärischen Umgebung vor und begab sich dann mit dem Prinzen nach dem Winterpalais zurück. Es waren nur 6 Grad Kälte und vorzügliche Schlittenbahn.

— Zu der Abstimmung des Herrenhauses am 9. Dezember, in welcher die Kreisordnung mit 116 gegen 90 Stimmen angenommen wurde, ist Folgendes zu bemerken:

Bei der Beathung der Kreisordnung in der obigen Session trat die feudale Opposition bekanntlich in einer Stärke von 100 Mitglie-
dern auf, welche, nachdem die in ihrem Sinne amendirte Kreis-
ordnung selber abgelehnt war (auch die Liberalen stimmten dagegen)
schließlich für den Below'schen Antrag stimmten. Von jenen 100
haben am 9. December 78 gegen die Kreisordnung, 2 Graf Schwerin
und Freiherr v. Werthern, für die Kreisordnung gestimmt, Einer,
Graf Rüdern sich der Abstimmung enthalten, 19 haben gesagt, nämlich:
v. Beerfelde, Prinz Biron von Kurland, Graf Viniski, Freiherr
v. Bodelschwingb., Graf Burghaus, Graf Dobna-Schlobien, Graf
Gangwitz, Freiherr v. Mantuffel-Krossen (der frühere Minister-
Präsident); v. Mantuffel-Kedel, Freiherr v. Palekss, Freiherr v. Pa-
tow-Mallensen, Graf Potulicki, v. Rabenau, v. Rekin, Graf Schlieben,
Baron Senft v. Pilsch (wegen eines Todesfalls in seiner Familie
beurlaubt), Graf Stierstorpf, von Winterfeld, v. Witzleben (der zur
Disposition gestellte Oberpräsident der Provinz Sachsen). Zu jenen
78 sind hinzugegetreten 2 Mitglieder, die am 31. October gegen den
Below'schen Antrag stimmten: Graf Storsowst und Fürst Putbus,
und 10, welche damals fehlten, nämlich: v. Bredow, Frhr. von dem
Busche, Herzog v. Croyn, Graf Hompeich, Graf Kleist, Graf Kwieck,
v. Puttkamer, Freiherr v. Senden, Graf Solms-Sonnenwalde,
v. Waldau und Reitzenstein; diese bilden zusammen die Minorität
der 90, welche am 9. December gegen die Kreisordnung gestimmt hat.
Am 21. October 1878 gegen den Below'schen Antrag.

Von den 61 Mitgliedern, die am 31. October gegen den Below'schen Antrag gestimmt haben, stimmten am 9. December gegen die Kreisordnung, wie bereits erwähnt: 2, Graf Storzewski und Fürst Putbus. Einer fehlte: Frhr. v. Rothschild. 61 stimmten für die Kreisordnung, dafür traten 3 Mitglieder hinzu, die damals für den Below'schen Antrag gestimmt hatten: Frhr. v. Batow-Mallendchen, Graf Schwerin und Frhr. v. Werthern; außerdem 26 Mitglieder, die in der Sitzung vom 31. October geschild hatten, nämlich Graf Althann, Bauerband, Beder (Dortmund) Beileites, Fürst Bentheim-Steinfurth, Berndt, Beyer, Graf Döholz, Camphausen (Köln), Dieze, Engelhart, Kaufmann, v. Kemnitz, Graf Königsmark-Oberlesnitz, Graf Königsmark-Plauen, Fürst Ragnowsky, Mumm, Fürst Pleß, Herzog von

Katibor, Frhr. v. Kiedeser, Riemann, Noos, Graf Wilhelm zu Stolberg-Wernigerode, Tefmann, Herzog von Ujest, Graf Wiedom. Außerdem zwei inwärtige auf Präsentation neu berufene Mitglieder: Gobrecht (Berlin) und Richter (Remel) und die 24 durch Allerhöchsten Erlass vom 30. November auf Grund befonderen allerhöchsten Vertrauens berufenen neuen Mitglieder. Diese zusammen bildeten die Majorität der 116, die am 9. Dezember für die Kreisordnung gestimmt hat.

Nach Kategorien der Mitgliedschaft geordnet, liegt hier die Majorität und die Minorität wie folgt zusammen: Häupter früherer reichständiger Häuser für: 2 (Fürst Bentheim-Steinfurt, Graf Otto zu Stolberg-Benigerode) — gegen 2 (Herzog von Arenberg, Herzog von Croÿ); sonstige Mitglieder mit erblichem Rechte für 13 — gegen 12; Domkister: es fehlten die drei Mitglieder dieser Kategorie; Grafenverbände für 1 (Minister Graf Bismarck) — gegen 5; Familienverbände für 3 — gegen 8; alter und befestigter Grundbesitz für 6 — gegen 52; Universitäten für 7 — gegen keiner (Berlin war durch Professor Hoyerer nicht vertreten). Städte: für 36; gegen keiner (nicht vertreten ist augenblicklich Breslau; es fehlten die Vertreter von Aachen, Koblenz und Trier) große Landesämter im Königreich Preußen: für 2 (Graf Eulenburg, v. Gögler) gegen keiner; aus besonderem allerhöchsten Vertrauen berufene Mitglieder: für 36 (darunter die 24 Neuberechneten) — gegen 7 v. Below, v. Leoq, von der Knesebeck, v. Kröcher, v. Ramin, Graf Rantzau, Freiherr v. Senden; Kronsyndici: für 10, gegen 4 (v. Franenberg-Ludwigsdorf, Böke, Graf Lippe von Ulden); es fehlte einer, Herr v. Duesberg.

Sammtliche bürgerliche Mitglieder des Herrenhauses stimmten für die Preisordnung mit der alleinigen Ausnahme des greisen Dr. Göze, ehemaligen Präsidenten des Obertribunals.

— Der Behauptung der „Nat. Ztg.“, es gäbe in Preußen nur zwei offizielle Blätter, die „Provincial-Korrespondenz“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“, stellt der „V. u. V.-Fr.“ Folgendes entgegen: Der Redakteur der „Preuß.-Lith. Ztg.“ wird vom Preßbureau in Berlin angestellt, erhält, wie uns bekannt ist, aus Staatsmitteln 1000 Thlr. Gehalt und vom Buchdruckereibesitzer Krauseneck für Besorgung von Korrekturen 200 Thlr. Wenigstens erhielt dies der Grahl, ob Hr. König auch die 200 Thlr. erhält, können wir nicht mit Bestimmtheit versichern, die 1000 Thlr. bekommt der „im Preßbureau“ vorgemerkte Herr. Herr Grahl hat im Laufe d. J. die Redaktion der „Ostpreussischen Zeitung“ übernommen.

Oppeln, 8. Dezember. [Schulwesen]. Der „Germ.“ wird geschrieben: Das Schulrevisorat ist soeben dem Pfarrer Sobel in Mischanna entzogen worden. — Den Schulfachwestern, die im Kybnitzer Kreise thätig waren, ist vom 1. April 1873 ab die Schule gekündigt, und zwar drei Schulfachwestern in Wichau, und der einen Schulfachwester in Koslau. Zu Lokal-Schul-Inspektoren im Kreise Kolbenberg sind ernannt worden: für die katholischen Schulen zu Bobzanowitz und Wichau der Oberamtmanu Wyneken zu Bobzanowitz, für die kath. Schule zu Karmuntkau der Oberamtmanu Goldfuß zu Karmuntkau, für die kath. Schule zu Sternalitz der Oberamtmanu v. Damnitz zu Sternalitz, für die kath. Schule zu Ellguth der Oberamtmanu Hackel zu Burow, für die kath. Schule zu Radlau der königl. Oberförster v. Sierakowski zu Bischofsdorf.

Mainz, 7. Dezember. Ein Lieutenant des 87. Regiments, welcher wegen roher Mißhandlung von Rekruten $\frac{1}{2}$ Jahr auf die Festung geschickt worden war, ist wie die „Frankf. Bztg.“ meldet, vor einigen Wochen bei seiner Entlassung aus der Festungshaft aus dem Offiziercorps ausgestoßen worden, freilich nicht wegen der Mißhandlung, sondern weil er diese (zuerst in der Presse besprochene) dem Regimentskommandeur gegenüber in Abrede stellte. — Bezüglich der auf Norddeutschland entfallenen Beutewaffen ist das genannte Blatt in der Lage, folgende ganz genaue Angaben zu machen: die Gesamtzahl beträgt 540,000 Gewehre (darunter ungefähr 250,000 Cassapots, 60,000 Tabatieregewehre, das übrige englische und amerikanische verschiedener Systeme sowie französische Perkussionsgewehre, unter letzteren circa 8000 mit Steinschloßern aus der Zeit der ersten französischen Revolution) und 60,000 Säbel aller Art u. s. w. Von dieser Beute lagert der bei weitem größte Theil, nämlich 400,000 Stück Gewehre in Mainz, 75,000 sind nach Rassel und 65,000 nach Erfurt verbracht worden.

Nordhausen, 7. Dezember. Wie die „Nordhäuser Zig.“ meldet, ist der katholische Pfarrer und Dechant **Leineweber** zu Uder wegen Mißbrauchs der Kanzel zu politischen Umtrieben von der Kriminaldeputation des königl. Kreisgerichts zu Heiligenstadt zu einer Gefängnißstrafe von 6 Monaten verurtheilt worden.

München, 8. Dezember. Im neuesten bayer. „Central-Polizei-Blatt“ wird der „Volksboten“-Redakteur Zander und der Spitzeder'sche Agent M o l i t o r stückbrieflich verfolgt. Auf Klage der zahlreichen Gläubiger des Zander — unter welchen sich auch dessen Schwager, ein österr. Genbarmerie-Oberlieutenant befindet — ist gestern dessen gesamntes Mobiliar u. s. w., so weit es noch nicht der Fall war, mit gerichtlichem Beschlag belegt worden. Zander ist trotz der 12,000 fl., die er von der Spitzeder erhielt, sehr bedeutend überschuldet und erklärt sich auch hieraus dessen Flucht über die Grenze Baierns. Mit dem „Volksboten“, dessen Abonnentenzahl sich seit einigen Jahren fortwährend verminderte, waren aber schlechte Geschäfte zu machen.

Belgien.

Brüssel, 6. Dezember. Obwohl das Gesetz jede Beisetzung von Leichen innerhalb der Kirchen ausdrücklich verbietet und außerdem die Leichen- und Begräbnis-Polizei in die Hand der Gemeinde-Behörden legt, so ist doch noch kürzlich wieder der Fall vorgekommen, daß der verstorbene Bischof von Tournai von der Geistlichkeit in der Kathedrale beigesetzt wurde, ohne daß man sich um die Gemeindebehörden mehr als um das ausdrückliche gesetzliche Verbot gekümmert hätte, ohne daß auch nur die erforderliche Autorisation zur Beerdigung überhaupt wäre eingeholt worden. Eine Interpellation in der Kammer ist vom Ministerium mit der Erklärung beantwortet worden, daß das Gesetz allerdings dergleichen unmisselhaft verbietet; aber die Beisetzung der Bischöfe in ihrer Kathedrale sei ein uralter Gebrauch; die Sache sei delikater Natur, die Regierung könne nichts thun; die

Gerichte würden sich mit der Sache zu befassen haben und ja ohn Zweifel ihre Schuldigkeit thun. Nun, was die Gerichte thun können und thun werden, das wissen wir aus ähnlichen Fällen, die schon früher vorgekommen sind, z. B. vor mehreren Jahren in Mecheln. Der Schuldige, irgend ein Mitglied des Dom-Kapitels, das die Anordnungen zum Begräbniß geleitet hat, oder der Testaments-Erelator des Verstorbenen, wird zu einer Geldbuße von 20–30 Franken verurtheilt; die Strafe wird bezahlt und dem Gesetz und der Gerechtigkeit ist Genüge geschehen. Es ist wahr, die Gemeindebehörden hätten unzweifelhaft das Recht, die Leiche wieder aufnehmen und auf den öffentlichen Friedhof beerdigen zu lassen. Dem Fanatismus wäre wohl ein solcher Skandal eine noch größere Genugthuung, als die ungestrafte Uebertretung des Gesetzes von seiner Seite. Was für Gründe können nur die Geistlichen haben, ein so klares, unzweideutiges Landesgesetz zu übertreten? Sie können hier doch nicht sagen: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Denn kein Gesetz Gottes, nicht einmal eine Vorschrift der Kirche, verbietet, die Bischöfe auf dem gemeinsamen Gottesacker zu begraben. Sogar der „alte Gebrauch“, dessen der Minister erwähnte, ist wenigstens nicht ein allgemeiner Gebrauch. In Tournai selbst sind Vorgänger des letztverstorbenen Bischofs auf dem Kirchhofe begraben, und laut eines Beschlusses des Gemeinderathes soll eine besondere bischöfliche Gruft auf dem öffentlichen Kirchhof hergestellt werden. Es ist die Geringschätzung der Staatsgesetze und der Wunsch, diese Geringschätzung in auffallender und herausfordernder Weise kund zu geben, es ist die Genugthuung, das Vergnügen, den bürgerlichen Behörden ein Schnippen zu schlagen, was zu dieser flagranten Gesetzübertretung treibt. Ein erbauliches Beispiel für die „Gläubigen!“ Eine schöne Illustration zur Lehre: „Seid der Obrigkeit unterthan!“

(Nat. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 9. Dezember. Die royalistischen Mitglieder des Dreißiger-Ausschusses sollen die Auflösung der National-Versammlung zwar zugestehen wollen, doch erst zum 1. Januar 1874! So würde die jetzige Unsicherheit also noch ein volles Jahr andauern und die Monarchisten fänden noch hinreichende Gelegenheiten, ihre Umtriebe zu krönen. Indes ist auf alle dergleichen Gerüchte kein Gewicht zu legen; vorläufig lavirt Thiers, damit der Rest der dritten Milliarde gezahlt werden und das pariser Neujahrsgeschäft in Ruhe sich entwickeln kann. — Der deutsche Botschafter Graf Arni hatte am 8. d. in Versailles eine längere Unterredung mit dem Präsidenten der Republik. — Der Polizei-Präsident von Paris, Leon Renault, hat folgendes Zirkular an seine Agenten gerichtet:

Paris, 7. Dezember. Mein Herr! Ich erfahre, daß man in einer Anzahl von Kaffee- und Wirthshäusern die Konsumenten-Bittschriften unterzeichnet läßt, welche von der Versammlung verlangen, sich aufzulösen. Das Gesetz hat, wenn es der Administrationsbehörde das Recht verleiht, die Kaffee- und Wirthshäuser zu ermächtigen und zu schließen, als Hauptzweck gehabt, in diesen Anstalten die politischen Kundgebungen jeder Art zu verbieten. Das Petitionsrecht ist ein politisches Recht; seine Ausübung konstituiert einen politischen Akt und kann deshalb in den Wirthshäusern nicht geduldet werden. Wollen Sie die Regeln, welche die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe interessieren, den Wirthen ins Gedächtniß zurückrufen, welche sich von denselben entfernt haben, und sie auffordern, in Zukunft keine Petition mehr unterzeichnen zu lassen, die einen politischen Charakter hat. Sie werden mir sofort die Namen und Adressen der Wirths wiedergeben, welche nach Ihrer Warnung fortfahren, in ihren Anstalten ein Petitioniren zu dulden oder zu begünstigen, welches dem Geiste des Gesetzes und den Administrationsregeln in dieser Hinsicht zuwider ist. Empfangen Sie u.

Der Polizei-Präsident.

Im Ganzen genommen billigt man das Rundschreiben des Polizei-Präsidenten nicht. Selbst das „Vien Public“ meint, daß der Präsident höchstens das Recht habe, einzuschreiten, wenn in Folge der Unterzeichnung der Petitionen die Ruhe an einem öffentlichen Orte gestört werde, daß er aber nicht das Recht habe, die Konsumenten zu verbieten, an öffentlichen Orten Bittschriften zu unterzeichnen. Leon Renault stützt sich in seinem Rundschreiben auf das Gesetz gegen die Wirthshäuser, welches 1850 oder 1851 erlassen wurde und das die Besitzer derselben der Willkür der Polizeibehörde vollständig Preis giebt. Die Präfecten des Kaiserreichs in Paris und der Provinz benutzten dieses Gesetz ebenfalls, um die Wirths ganz nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, und diese illuminirten, verhinderten jedes politische Gespräch u. dgl. und denunzierten auch theilweise, um, wenn sie, was nicht vermieden werden kann, gegen die äußerst strengen Polizei-Reglements handelten, nicht zu streng bestraft zu werden. Während des Empire legte jedoch kein Präfect das Gesetz über die Wirthshäuser so aus, wie es heute der Präfect Renault thut, und weder Maupas, de Voiselle noch Pietri würden je gewagt haben, öffentlich mit Schließung der Kaffee- und Wirthshäuser zu drohen, falls man sich in denselben mit Politik beschäftigte. — Der Bagno von Toulon, der einzige, welcher noch in Frankreich besteht — die von Rochefort und Brete gingen schon vor einigen Jahren ein — wird jetzt auch unterdrückt werden, und man hat bereits mit dem Fortschaffen der Sträflinge begonnen. Die „Entrepreneurs“ hat einen Theil derselben eingeschifft, um sie nach dem Senegal, den Antillen und Cayenne zu bringen. Bis zum 31. Dezember 1873 soll der Bagno vollständig geräumt sein.

Das vom „Siecle“ mit so großem Eklat in's Leben gerufene Werk der Auflösungs-Massenpetitionen soll allem Anscheine nach im Reime erstickt werden. Einweilen freilich geben sich die radikalen Blätter noch den Anschein, als hielten sie das erfolgte Einschreiten der pariser Polizei gegen die Unterzeichnung der vom „Siecle“ ausgegebenen Petitions-Formulare für ein Mißverständniß oder für eine mißbräuchliche Anwendung der von dem liberalen Polizeipräsidenten Renault gegebenen Instruktionen. Die nächsten Tage aber werden die Sache wohl in anderer Weise aufklären, denn es sieht fast so aus, als ob die Rechte ein derartiges Einschreiten gegen die radikale Agitation zur *conditio sine qua non* jeder Verständigung gemacht habe. — General Trochu will nächstens ein Buch unter dem Titel „Mes mémoires militaires“ erscheinen lassen. — Das Appellationsgericht von Bordeaux hat das Urtheil des Zuchtpolizeigerichts bestätigt, das den Abbé Funqua, der Altkatholik geblieben war, aber das Priesterkleid beibehielt, zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Zum Prozeß Bazaine wird der „N. A. Ztg.“ von befreundeter Seite aus Metz vom 2. Dez. geschrieben:

Die Verzögerung des Prozesses Bazaine hat unter einem großen Theile der hiesigen Bevölkerung eine gereizte Stimmung gegen die betreffenden Kreise in Versailles hervorgerufen. Die Agitation wegen der Option hatte nachgelassen und waren sich natürlich unsere Kaffeehauspolitiker wieder auf den entlofen Prozeß ihres lothringischen Landmannes. Man erinnert sich dabei unwillkürlich des Prozesses von General Custine, dem bekannten Eroberer und späteren Kapitu-

lant von Mainz. Dieser General war auch ehemals als Genie angesehen und mußte dann seinen Kopf auf dem Schaffot lassen. Zuerst wurden ihm in den damals berühmten Holzgalerien des Palais-Royal von pariser Damen patriotische Ovationen dargebracht, und ein paar Wochen später schrie man in allen Straßen ein Pamphlet aus, welches „La vien du traitre Custine“ betitelt war. Gerade so geht es mit Bazaine. Vor der Kapitulation hieß es immer „unser Bazaine“. Da rechnete ganz Frankreich auf sein Genie und auf seine Pläne, welche aber beide den Erfolg veragten. Die Zuerst seiner Landsleute war getäuscht, und daher kommt der grenzenlose Haß gegen denselben und in dieser Name in hiesiger Gegend geradezu ominös geworden. Besonders thun sich die Frauen in ihrem leidenschaftlichen Haße hervor. Bazaine ist übrigens nicht aus einer gewöhnlichen Bauernfamilie, wie man ausgesprochen hatte, obgleich dies nichts an seinem Charakter oder seiner Stellung geändert hätte. Ein Theil seiner Familie befindet sich in Sey und in Essy. Beide Dörfer sind unterhalb der westlichen Fests gelegen. Zwei Mitglieder derselben haben sich in russischen Diensten ausgezeichnet, ein drittes Familienmitglied hat sich gewisse Dienste um die Literatur erworben und ist die Familie selbst in Begin's „Dictionnaire historique“ erwähnt, wo bekanntlich nur die Familien aufgeführt sind, welche sich in einer oder der anderen Weise ausgezeichnet haben. Was den Prozeß selbst betrifft, so kennzeichnet ihn vollständig der Ausdruck eines Mannes vom Kriegshandwerk, der neulich ihrem Korrespondenten sagte: „C'est une seconde édition du procès Custine“; derselbe stimmte bei, sprach jedoch die Hoffnung aus, daß das Ende nicht so blutig sein werde.

Paris, 8. Dezember. Die „Republique française“ schreibt über das neue Kabinett:

Herr Thiers wollte so notorisch konservative Minister nehmen, daß das Geschrei der sogenannten konservativen Majorität augenblicklich verstummen mußte. Allerdings hat er sich nicht blindlings in die Arme der Rechten geworfen, er hat vielmehr mit einer seltenen Menscheneigenschaft Männer gewählt, welche, an der Grenze der Rechten stehend, sich durch ihre Meinungen nicht zu sehr kompromittirt hatten, sondern im Gegentheil immer das Stehen nach Versöhnung und Ausgleich an den Tag legten. Bei dem Wunsche, die Krisis in der Assemblée zu beschwören, hat jedoch Hr. Thiers nicht genug an das Land gedacht, welches im Augenblicke der Rechten ferner steht als je. Die Männer, welche Hr. Thiers gewählt hat, entsprechen nicht im entferntesten der Stimmung, in der sich die öffentliche Meinung seit drei Wochen befindet. Insbesondere war die einflussreiche Gruppe der Assemblée, die bei den letzten Kämpfen den Präsidenten durch ihre Rathschläge, ihre Stimmen und ihre Ergebenheit unterstützte, berechtigt, auf ein gleiches Vertrauen zu zählen.

Verfaillies, 9. Dez. Die „R. Ztg.“ enthält folgende telegraphische Nachricht:

Die Dufaure-Kommission trat heute um 12½ Uhr zusammen. Der Justiz-Minister Dufaure war anwesend. Bei Beginn der Sitzung überreichte die Minorität folgenden Antrag: „Die Unterzeichneten, in Erwägung, daß die gegenwärtige Lage sich nicht verlängern kann, daß Frankreich einer regelmäßigen Regierung bedarf, welche ihm den nächsten Tag sichert, daß es also notwendig ist, der Republik als der legalen Regierung des Landes die Institutionen zu sichern, welche in allen freien Staaten die Uebertragung, die Aktion und Machtvollkommenheit der Staatsgewalten regeln, haben die Ehre, der Kommission folgenden Entwurf als Verbesserungs-Antrag zu unterbreiten: Die Kommission wird folgende Grundlagen zu prüfen haben: 1) Verlängerung der Gewalt des Präsidenten für vier Jahre, 2) Gründung einer interimsistischen Vice-Präsidenschaft für den Fall der Erledigung der Exekutivgewalt und bis zu ihrer Wiederbesetzung, 3) partielle Erneuerung der Versammlung, 4) Bildung einer zweiten Kammer, 5) Verantwortlichkeit der Minister und Regulierung der Beziehungen zwischen der Exekutivgewalt und der Kammer.“ Dieser Antrag ist fast von allen Mitgliedern des linken Zentrums und auch einigen Mitgliedern der Linken unterzeichnet. Das linke Zentrum hielt eine Versammlung und beschloß, die Regierung auch fernerhin zu unterstützen. „Vien Public“ wendet heute vor, daß die Regierung einen längeren Artikel und sucht darzuthun, daß das Land den Ausgang der Krisis mit aller Ruhe erwarten könne. Die Regierung habe nichts lösen, sondern nur die Lösung möglich machen wollen, welche man für unmöglich gehalten, und „Vien Public“ glaubt mit vielen Anderen, daß es ihr gelungen sei. Es scheint, daß die Regierung, um zu einem ihr genügenden Abschluß der Krisis zu gelangen, hauptsächlich auf einen Theil des rechten Zentrums zählt, zum wenigsten gibt diesem der offiziöse „National“ seine Befriedigung zu erkennen, daß es auf die regierungsfreundlichen Anträge nicht eingegangen sei, welche der Weinbändler Johnston und der Herzog Broglie gestern diesem parlamentarischen Verein gestellt. Des letzteren Organe scheinen jedoch durch dieses gestrige Auftreten nicht zufrieden gestellt, denn sowohl „Journal de Paris“ wie „Français“ sind heute wieder recht zornig. Die letztgenannte Zeitung erinnert Thiers darin, daß ihm immer 360 Konservative gegenüberständen, welche die parlamentarische Freiheit und die konservative Politik verlangten.

Spanien.

Madrid, 6. Dez. Man kann es der konservativen Partei nicht verdenken, daß ihr Unmuth sich mit jedem Tage steigert. Sie hat nun schon seit dem Sturze ihrer Kabinete Sagasta und Serrano den Untergang des Staates vorausgesagt, der unter einer radikalen Regierung nicht ausbleiben könne, und noch immer will ihnen Ruiz Zorrilla nicht den Gefallen thun, auf ihr Gekrächze zu hören und vor dem staatsgefährlichen Dämon, der in seiner Brust wohnen soll, zu erschrecken. Nun verläßt auch die rothrepublikanische Schilderhebung im Lande, ohne dem Ministerium besonderen Schaden zu thun; die Finanzgesetze sind der Annahme im Kongresse sicher; kurz, es geht der Regierung besser, als es Sagasta und Genossen lieb sein mag. Solche verdrießliche Stimmung mag das kleine Häuflein von Abgeordneten, durch welches die konservative Opposition vertreten ist, denn veranlaßt haben, einen an sich geringfügigen Umstand zum Vorwande zu nehmen, um sich insgesammt aus dem Kongresse zurückzuziehen. Unsonst nahm die Majorität — und mit ihr selbst die Republikaner — eine Resolution an, durch welche der Minderheit ihre unverminderten parlamentarischen Rechte gewahrt werden sollten und der Zwischenfall auf eine versöhnliche Weise erklärt wurde; die Konservativen waren nicht von ihrem Beschlusse abzubringen. Was die Arbeiten des Kongresses angeht, so bleiben noch immer Abgeordnete genug und zu viel übrig, um dieselben zu erledigen. — Eine kleine Karlistenbande hat die Nordbahn wieder einmal an einer Stelle in den baskischen Provinzen geschädigt; sie wurde jedoch von den Truppen erreicht und zerstreut.

Italien.

Rom, 6. Dezember. Die Deputirtenkammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung zunächst mit der Beamtenfrage; es wurde keine der vorgebrachten Resolutionen zum Beschlusse erhoben, sondern lediglich von den Erklärungen des Ministeriums Akt genommen. Die Kammer wandte sich darauf der kapitelweisen Berathung des Ausgabenetats des Finanzministeriums zu. Bei dem Kapitel: „Rente für den heiligen Stuhl: 3,255,000 Lire“ verlangte Abg. Macchi Auskunft darüber, ob es wahr sei, daß, wie einige Blätter erzählten, das über diese Rente ausgestellte Zertifikat dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli angeboten, von demselben aber zurückgewiesen worden sei. Der Finanzminister Sella erklärte, die Regierung hätte die Pflicht gehabt, diesen Rententitel anzufertigen und den heiligen Stuhl zu benachrichtigen, daß die Rente zu seiner Verfügung stehe. Kardinal Antonelli antwortete, daß er die Rente nicht annehmen könne. Er (der

Minister) habe auf jeden Fall eine ihm durch das Garantiegeseß auferlegte Verpflichtung erfüllt. Es folge aus der Ablehnung nicht, daß diese Rente aus dem großen Schuldbuch zu streichen sei; kraft des zitierten Gesetzes müsse sie fortfahren, dort eingeschrieben zu sein; in dessen würden die monatlichen Raten noch fünf Jahre der gefällig bei Zahlungsleistungen des Staates vorgeschriebenen Präklusion unterliegen. Die übrige Debatte bot keine besonders werthen Punkte dar.

Rom, 6. Dezember. Briefe, die heute von Neapel kommen, erzählen von den schweren Beschädigungen, welche die im dortigen Hafen ankernden Schiffe erlitten haben. Der Sturm wüthete an einigen Stellen so heftig, daß es unmöglich war, sich den gefährlichen Fahrzeugen zu nähern. Der Handel hat schwere Verluste zu beklagen. Ein neues königliches Dekret verordnet die Erbauung dreier gepanzerten Thurnschiffe, zweier Kanonenboote und einer Corvette. Die drei Thurnschiffe sollen auf den Werften von Spezia und Castellamare gebaut werden. Die Panzerung wird eine bis jetzt noch nicht dagewesene Dicke haben. — Bei der Besprechung des Kriegsbudgets zeigten alle Fraktionen der Kammer eine seltene Einmüthigkeit in der Bewilligung aller von der Regierung zu einer energischen Vertheidigung des Landes geforderten Mittel. Darin handelt die Kammer augenscheinlich im Einklänge mit der öffentlichen Meinung.

Ueber den furchtbaren Sturm, der am 4. Dezember Neapel heimsuchte, liegen jetzt nähere Mittheilungen vor. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch haben die vom Sturm zu furchtbarer Höhe getriebenen Wogen den Damm am Kriegshafen zerstört und sämtliche Magazine des Arsenal unter Wasser gesetzt; der Schaden wird auf 7 Millionen Lires berechnet; die längst des Strandes führenden Straßen sind zerstört; die aus den härtesten Steinen ausgeführten Brunnwehren nach der Seeseite zu wurden von den Wogen weggerissen und einige Meter weit verschoben. Die im Hafen liegenden Kriegs- und anderen Schiffe haben an Anker und Takelage schweren Schaden erlitten. Der Anschlag der Wogen wurde noch in weiter Entfernung wie Kanonendonner gehört. Auch der Bagno, in welchem etwa 200 Galeerensträflinge eingesperrt sind, wurde unter Wasser gesetzt; die Sträflinge wurden unter starker Militärbedeckung nach einem Kavalleriefall bei den Granili gebracht und dort eingeschlossen. Bald jedoch erhob sich ein großer Sturm; ein Theil der Mauer war vom Sturme eingestürzt worden und eingestürzt. Mehr als ein Sträfling verlor bei dieser Gelegenheit auszubringen, jedoch wurden alle solche Fluchtversuche vereitelt. — Auch vor Portici Torre del Greco, Torre Annunziata haben viele Schiffe Schaden gelitten; vor Castellamare trafen sie verdrängt; doch deckte eine Wind- und Wasserhohe das Dach des Establishments von Charles Finet und Comp. ab und ließ nur das eiserne Gebälk stehen; der Schaden beträgt ca. 10,000 Lire. Zu Villa wurden die Badeanstalten fortgerissen, ein Schaden von mehr als 30,000 Lire. Von Pozzuoli einerseits und von Salerno andererseits hat man nur Gerüchte; man beforcht indessen traurige Nachrichten zu hören. Der Golf von Salerno ist berüchtigt wegen seiner Stürme; wenn Capo d'Orso brüllt, so zittert die ganze Küste.“ Mit starken Regengüssen ist am 5. eine Verhöhnung der Luft eingetreten. Die ältesten Leute in Neapel erinnern sich nicht, jemals ein solches Unwetter erlebt zu haben.

Rom, 8. Dezember. Die päpstlichen Blätter veröffentlichen ein Rundschreiben des Kardinalvikars Patrizi, daß die Gründung neuer kirchlicher Schulen in Italien in Aussicht stellt und die Eltern bei dem Verlust ihrer ewigen Seligkeit beschwört, ihre Kinder nur in diese Schulen zu schicken. Nachdem sich die Klerikalen vergeblich um Hülfe vom Auslande bemüht haben, suchen sie dieselbe jetzt im Inlande zu finden; indem sie ganz wie in Belgien das Land mit einem Neze von katholischen Vereinen überziehen und vor Allem die Erziehung und den Unterricht der Jugend in ihre Hände zu bekommen suchen. In Rom ist die Partei am eifrigsten bemüht und fällt ihre Thätigkeit am meisten in die Augen. Ganz neuerdings haben sie wieder katholische Vereine gestiftet, die es vorzugsweise auf die Schule abgesehen haben; und sie suchen die römische Jugend durch alle erdenklichen Schmeicheleien und Verfälschungskünste dem Laienunterrichte zu entziehen. Den Kindern schenken sie Bücher, Kleider, unterhalten sie auf ihre Kosten; arme Eltern, oder solche, welche sich so stellen, als wenn sie den Rathschlägen der Klerikalen nicht sofort folgen wollen, suchen sie mit Geldgeschenken zu gewinnen. Das Zirkular, welches der Kardinalvikar an die katholischen Vereine in Rom erlassen hat, bezeugt die neue Parteitaktik in offizieller Weise. Es tadelt die Eltern in den schärfsten Ausdrücken, ja es droht ihnen mit den himmlischen Strafen, wenn sie ihre Kinder nicht aus den Laienschulen nehmen, um sie in die kirchlichen zu schicken. Es hütet sich sorgsam, gegen die Staatsgesetze direkt zu verstoßen, indirekt aber in Sticheleien und bißigen Bemerkungen ist es so voll Gift und Galle gegen die bestehende Ordnung der Dinge, wie kein Schriftstück, was seit dem 20. September 1872 die Presse der römischen Kurie verlassen. Die Liberalen müssen auf ihrer Hut sein und der Propaganda des Kardinalvikars und der leghin ernannten Bischöfe, welche seinem Beispiele folgen, eine ebenso kluge und ebenso mächtige Propaganda entgegensetzen.

Aus Florenz wird berichtet, daß durch Dekret des dortigen Präfecten vom 1. Dezember das sogenannte Fascio Operaio, der Arbeiterbund toskanischer Zone, aufgelöst worden ist. Diese Maßregel wird durch die dem Dekrete vorgeordneten Erwägungen gerechtfertigt, aus denen hervorgeht, daß der Unsturz jeglicher sozialen und politischen Ordnung der Zweck des Bundes ist. Es werde dieses ganz unzulässig in seinen Zirkularen und Manifesten, namentlich aber in den Statuten der Gesellschaft ausgesprochen, die sich grundsätzlich denen des Londoner Arbeitervereins anschließen. In Folge des Dekrets löste die Quästur am 1. d. M. Abends den Arbeiterbund auf und machte um die nämliche Zeit in den Privatwohnungen der Mitglieder, welche für die einflussreichsten gelten, Hausdurchsuchungen und sequestrirte Zirkulare, Briefe, Korrespondenzen und geheime Papiere, die sich auf die Gesellschaft selbst und auf andere ihres Gleichen bezogen. Der Quästur hat dann alles den Gerichten übergeben und soll den Mitgliedern des Bundes der Prozeß gemacht werden. Auch in Parma ist durch Dekret des Präfecten die Societa Fraterna degli Operai (der Arbeiter-Bruderbund) aufgelöst worden.

Großbritannien und Irland.

London, 9. Dez. Die dubliner „Evening Mail“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die irische Universitätsbill, welche Gladstone in nächster Parlamentssession einzubringen gedenkt, bereits entworfen und den Kronjuristen zur Begutachtung unterbreitet worden sei. Es ist eine Maßregel der durchgreifendsten Art und wird, falls sie die Billigung des Parlaments erhält, die völlige Auflösung des Trinity-Kollegs, der katholischen Universität in Dublin, involviren.

Der Strike der Gasheizer befindet sich noch immer auf dem alten Flecke und es scheint bis jetzt noch keine Aussicht auf irgend einen Ausgleich zwischen den Gasanstalten und ihren früheren Arbeitern vorhanden zu sein. London war indeß gestern Abend besser beleuchtet, als dies seit letzten Sonntag der Fall gewesen, und es ist jede Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß in zwei oder drei Tagen die Beleuchtung der Straßen und Häuser wieder in ihren normalen Zustand getreten sein wird. — Zur Förderung des Frauenwahlrechts tagte in Birmingham gestern eine Konferenz, die sehr zahlreiche Theilnahme

von Seiten des schönen Geschlechts hatte. Eine Frau Feast führte den Vorsitz. Fräulein Becker aus Manchester verlas eine Abhandlung über die Zukunft der Bewegung für die Befreiung der politischen Unfähigkeit, unter welchen Frauen gegenwärtig leiden. Eine ähnliche Abhandlung von Frau Arnold trat der Behauptung gegenüber, daß die Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen letztere ihrer Sphäre entziehen würde. Zuletzt einigte man sich über eine Resolution, welche empfiehlt, Herrn Jacob Bright's Bill zur Ertheilung des Wahlrechts an Frauen nach Kräften zu unterstützen. Der Konferenz schloß sich ein öffentliches Meeting an, bei welchem das Parlamentsmitglied Dixon den Vorsitz führte und auf welchem Sympathie für die Bewegung ausdrückende Briefe von John Stuart Mill, Arthur Arnold, und den Unterhausmitgliedern Hughes, Munn und Sir J. D. Coleridge verlesen wurden.

London, 10. Decbr. In Sheffield hat am 1. d. eine kleine Versammlung stattgefunden, welche eine republikanische Konferenz vorstellte, und bestimmt war, eine Verbindung sämtlicher republikanischen Vereine anzubahnen und ein Programm zu verfassen, welches eine hinreichend breite Grundlage besitze, um alle wahren Reformfreunde zu vereinigen. Der Vorsitzende fand für nöthig, zur Erklärung zu bemerken: manche Klubs seien zu arm, um die Reisekosten für einen Delegierten zu erwünschen. Diefelben hätten indessen Vollmacht gesandt, daß auch in ihrem Namen abgestimmt werden könne. Es wurde u. A. beschlossen, eine nationale republikanische Brüderschaft zu bilden, deren Programm in folgenden Punkten enthalten ist: Allgemeines Wahlrecht aller Erwachsenen, gleichmäßige Wahlbezirke, Abschaffung der Staatskirche, vollständige Trennung der Schule von der Kirche, Erklärung des Grundeigentums als Besitz der Nation, kürzere Parlamente, Diätenzahlung für die Mitglieder und Begründung der republikanischen Staatsform durch gesetzliche Mittel. Letzterer Ausdruck wurde nur nach einigem Widerstande von der Mehrheit durchgesetzt. Es ward ferner als republikanische Flagge grün-weiß-blau genehmigt und ein Rath von fünf Mitgliedern gewählt, der für die nächsten sechs Monate seinen Sitz in Nottingham haben soll.

Dänemark.

C. v. S. Kopenhagen, 7. Decbr. Der Minister des Innern hat im Reichstage einen Auszug der von den Amtmännern eingegangenen Berichte über die von der Sturmfluth angerichteten Verwüstungen vertheilt. Es fehlen noch die Berichte der härtest heimgesuchten Landestheile, der Inseln Falster und Volland, da die befohlenen Abschätzungen dort noch nicht beendet sind; aber ehe diese vorliegen, kann kein Beschluß über den vom Staate zu leistenden Schadenersatz gefaßt werden. Vorläufig hat die Regierung sich darauf beschränkt, Hafen-Ingenieure nach Bornholm zu senden, damit sie sich an der Wiederherstellung der zerstörten Häfen betheiligen, Genietruppen und Arbeitsabtheilungen der Infanterie nach Volland und Falster, damit sie unter der Leitung höherer Ingenieuroffiziere der Bevölkerung bei der Wiederherstellung der durchbrochenen Deiche helfen. Zudem wird Auspflanzung wegen rückständiger Steuern den meist Beschädigten gegenüber unterbleiben. Inzwischen wird eine Gesetzbildung vorbereitet, wodurch das ganze Reichswesen systematisch organisiert und der nöthigen Kontrolle untergeben wird. Die private Wohlthätigkeit nimmt sich der Beschädigten noch unausgeseht nach einem großen Maßstabe an, und die an das Zentralkomitee in Kopenhagen von allen Gauen des Landes eingekommenen Gelder betragen schon über 1/2 Mill. Rigsdaler (über 375,000 Thlr. pr. Cr.). In Paris, Amsterdam, Manchester, Liverpool und mehreren ausländischen Städten finden jetzt auch Einsammlungen statt. Daß man den vom Wasser beschädigten Dänen in Hamburg so bereitwillig zu Hilfe gekommen ist, obgleich man für Deutsche, die von demselben Element heimgesucht, zu sorgen hat, hat hier viel Anerkennung gefunden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 7. Dec. Auch hier in Rußland fängt man jetzt an, mehr auf die Einführung der Zivilehe Bedacht zu nehmen, und wenn es auch wohl noch eine Weile dauern wird, bis es soweit kommt, so sieht man doch schon heute ein, daß es ein Fehler ist, die Eheangelegenheiten einzig und allein in den Händen der Geistlichkeit zu belassen. Bekanntlich tagt seit längerer Zeit hier eine Kommission, welche Bestimmungen zur Reform der geistlichen Gerichtsbarkeit ausarbeitet. Schon vor einiger Zeit hatte diese Kommission zwei verschiedenartige Projekte entworfen, die aber beide als unzulässig betrachtet und noch einmal einer Prüfung unterworfen wurden. Diese Prüfung nun hat zu der Einbringung eines dritten Projektes geführt und letzteres wird wahrscheinlich das endgültige und dasjenige sein, welches angenommen wird. In diesem neuen Projekte befinden sich unter anderen auch Bestimmungen, welche eine Regelung der Eheangelegenheiten, die bisher ausschließlich der Kompetenz der geistlichen Konsistorien und des geistlichen Gerichtes zustanden, bezwecken und besonders auch verlangen, daß dem weltlichen Gerichte eine Theilnahme zugestanden werde. So sollen u. a. die Angelegenheiten betreffs geschwinder Ehehindernisse, wegen Ehescheidung und Ehebruch der Kompetenz der weltlichen Gerichte zugeordnet werden. Weiter als die orthodoxe Kirche geht die der schismatischen Raskolniken, welche vollständige Zivilehe, d. h. Ehe ohne kirchliche Weihe, einführen wollen. Der Gesetzentwurf in Betreff der Raskolniks, der diese Bestimmungen enthält, wird, wie verlautet, in nächster Zeit im Reichsrathe eingebracht werden.

Amerika.

Newyork, 22. November. Dem Kongreß wird eine Bill zum Schutze der Einwanderer vorgelegt werden. Ihr Hauptziel geht dahin, den Einwanderern gute Behandlung und gesunde Nahrung während der Ueberfahrt auf dem Schiffe und sichere, schnelle und billige Beförderung auf den amerikanischen Eisenbahnen nach ihrer Ankunft zu sichern. — Eine Versammlung von etwa 100 Kommunisten wurde in Newyork abgehalten und eine Subskription für die Wittwen und Waisen der während der letzten Kämpfe in Paris gefallenen Kommunisten eröffnet.

Vom Landtage.

15. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 11. Dezember. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch mehrere Kommissarien. Vom Finanz- und Handelsminister ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Ermäßigung der Meßabgaben in Frankfurt a. D., eingegangen. Der Antrag Dunder-Ridert wird unter Zustimmung des Staatsministeriums einen Gesetzentwurf anknüpfend, der die Frage des Eintritts von Staatsbeamten in den Vorstand, Verwaltungsrath oder Aufsichtsrath von Gewerkschaften gesetzlich regeln soll, und zwar schon in nächster Zeit. Herr Dunder warb ausdrücklich das Recht der Antragsteller für den Fall, daß der Gesetzentwurf zu lange auf sich warten lassen sollte.

Es folgt der erste Bericht über Petitionen in dieser Session. Der Disziplinarrath der Advokaten und Anwälte beim Landgericht zu Trier hat im April dieses Jahres den Justizminister um eine Gesetzesvorlage ersucht, welche den bestehenden Unterschied im Kostentarif für

die Anwälte der Provinz in Städten von mehr oder weniger als 30,000 Einwohnern aufhebt, für alle die höhere Tare und statt der Franken die deutsche Mark einführt. Die Anwälte bitten das Haus, falls ihm die erbetene Vorlage zuzuge, ihr zuzustimmen, andererseits das an den Justizminister gestellte Ersuchen der Regierung zur Berücksichtigung zu unterstützen. Die Kommission beantragt, diese Petition der Regierung mit einer Beschränkung im Sinne der Ausgleichung und einer angemessenen Erhöhung der Gebühren als Material für die bestehende Gesetzgebung zu überweisen. — Dagegen beantragen Philipp und Genossen zur Berücksichtigung zu überweisen.

Reichensperger (Koblenz): Wenn die Kommission den Kosten-Tarif als zu niedrig anerkennt, möge sie nicht die Anwälte damit trösten, daß sie ihnen „die Vögel auf den Bäumen zeige.“ Eine völlige Revision des Tarifs ist nur in Verbindung mit der Prozeßgesetzgebung möglich, deren Durchführung noch in der Ferne liegt: bis dahin könnten den Petenten durch Annahme des Philippischen Antrages geholfen werden. Das Haus nimmt diesen Antrag an.

Eine Petition aus der Rheinprovinz, das dort geltende Eheverbot zwischen Schwager und Schwägerin aufzuheben, beantragt die Kommission der Regierung als Material für eine Modifikation des Ehegesetzes zu überweisen. Pelger beantragt dagegen, sie zur Berücksichtigung zu überweisen. Referent Jung motiviert den Antrag der Kommission dadurch, daß die Regierung selbst das Bedürfnis einer Revision der rheinischen Ehegesetzgebung anerkannt habe und sobald als möglich betreffende Vorlagen machen werde. Man möge darum nicht sofortige Abhilfe verlangen. Pelger folgert gerade aus der Anerkennung der Mängel seitens der Regierung die sofortige Nothwendigkeit der Abhilfe. Eheverbote, wie die angeführten, hätten heute gar keinen Sinn mehr und seien sofort aus der Welt zu schaffen. Eberty für den Antrag Pelger: Für diese Eheverbote liege gar kein gesetzlicher Grund vor; sie widerspreche durchaus der germanischen Anschauung vom Wesen der Ehe, von der schon Tacitus Zeugnis gebe. Allerdings hätten auch die Engländer solche Eheverbote, deren Verteidiger aber sich nur auf das 2. Buch Moses stützen, welches für unsere bürgerliche Gesetzgebung wohl Niemand als Rechtsquelle anführen werde. Abg. Reichensperger gegen den Antrag Pelger, da alles statistische Material zu dessen Motivierung fehle. Die Engländer übrigens hätten noch viele andere Gründe gerade für Beibehaltung dieses Eheverbots, das habe überzeugend Berensword Hope nachgewiesen in einer Vorrede, die er zur Verteidigung dieses Verbots geschrieben und die er dem Abgeord. Eberty empfehle. Abg. Eberty dankt dem Vorredner für seine Belehrung und ist der Gewissheit, daß das englische Oberhaus auch ohne einen Paritätschuss zur Vernunft gelangen und die Hand zur Befreiung dieser Eheverbote bieten werde. (Heiterkeit.) Abg. Reichensperger bedauert, nicht die genauen Konnexionen im englischen Oberhaus zu haben wie der Vorredner; darum mag auch der Abg. Eberty genauere Kenntniss von der jetzt und später dort herrschenden Vernunft haben. — Das Haus tritt darauf dem Kommissionsantrage bei und lehnt den Antrag Pelger ab.

Eine sehr langwierige Erörterung knüpft sich an die Petition des Bahndirektors a. D. Budden, der nach 34 Dienstjahren am 1. März d. J. mit einer von einem Gehalt von 450 Thlr. berechneten Pension von 225 Thlr. in den Ruhestand versetzt ist. Da durch den Etat für 1872 das Bahndirektorgehalt bis auf 450–650 Thlr. erhöht ist, so verlangt Petent die nachträgliche Auszahlung der auf Januar und Februar fallenden Gehaltsaufbesserung und die entsprechend günstige Berechnung der Pension. Der Handelsminister hat den Petenten abgelehnt, da die Gehaltszulagen erst nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste bewilligt worden seien. Die Petition regt somit die Frage an: ob denjenigen Beamten, welche nach dem 1. Januar dieses Jahres, jedoch vor der Publikation des Staatshaushaltsgesetzes vom 17. März dieses Jahres durch Pensionierung aus ihrem Amte geschieden sind, für die nach dem 1. Januar dieses Jahres liegende Dienstzeit ein Anspruch auf den durch den Staatshaushalts-Etat normirten höheren Gehaltsatz und dem entsprechend auf nachträglich höhere Festsetzung der Pension aufstehe?

Die Kommission beantragt, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Referent Herdink: Die Kommission meinte, daß dem Antragsteller ein klagbares Recht nicht zustehe, wohl aber Gründe der Billigkeit für ihn sprechen. Die Staatsregierung wolle doch den Beamten eine Gehaltsverbesserung zuwenden und zwar für das ganze Jahr, nicht für die Zeit nach dem Zustandekommen des Etatsgesetzes. Sie hat sich aber nicht für besorgt gehalten, dem Petentum Folge zu geben. Die Kommission meinte, daß sie wohl befugt, wenn auch nicht verpflichtet war, die nachträgliche Gehaltsverbesserung zu bewilligen. Wenn die Regierung noch eine solche Gehaltsverbesserung eintreten läßt, so steht dem Petenten auch das Recht auf eine höhere Pension zu.

Ein Regierungs-Kommissar: Allerdings hat die Regierung die Absicht gehabt, allen Beamten eine Gehaltsverbesserung zu Theil werden zu lassen, aber zugleich den Wunsch, noch vor dem 1. Januar die Vollmacht dazu zu erhalten. Die vorliegende Frage ist aber insofern davon verschieden, als es sich darum handelt, ob jetzt, nachdem der Wunsch der Staatsregierung nicht in Erfüllung gegangen ist, es nunmehr in ihrer Befugnis gelegen hat, nachträglich eine Gehaltsverbesserung zu bewilligen. Bei einer allgemeinen Regulierung solcher Verhältnisse werden Härten überhaupt nicht zu vermeiden sein und wird diesem einen Beamten sein Gerechtigkeit bewilligt, so würde das für alle andern Beamten in derselben Lage sicherlich sehr hart sein.

Abg. v. Sauten (Tarpitschen). Der vorliegende Fall ist ein Beispiel der Unzulänglichkeiten, welche das zu späte Zustandekommen des Staatshaushaltsetats nach sich zieht, unter welchem die Beamten niemals leiden sollten, die vor Publikation des Etats ihren Dienst verlassen haben. Ich beantrage daher, die Staatsregierung solle sämtlichen am 1. Januar 1872 im Dienst befindlich gewesenen Beamten die im Staatshaushaltsetats für 1872 bestimmte Gehaltsaufbesserung zu Theil werden lassen, gleichgültig, ob der Dienstaustritt vor oder nach dem 17. März erfolgt ist.

Abg. Dr. Braun beantragt Ueberweisung der Petition an die Budgetkommission.

Der Finanzminister: In Betreff der vorliegenden Frage herrscht noch keine volle Klarheit. Es scheint die Ansicht zu herrschen, daß durch eine Bewilligung eines Quantum für Gehaltsverbesserungen zugleich für alle Beamte der Monarchie der Gehaltsbetrag festgesetzt hätte. Die Vertheilung hätte nach den bestehenden Vorschriften stattfinden müssen, welche durchaus nicht für jede Kategorie eine gleichmäßige Erhöhung herbeiführen. Sie wissen auch, wie die Vorschriften über die Pensionierungen bei uns liegen. Nun war schon im vorigen Jahre allgemein bekannt, daß die Staatsregierung eine Gehaltsverbesserung beabsichtige. Es konnte sich daher jeder Beamter die Frage vorlegen: „Was ist mir lieber, sofort in den Pensionszustand zu treten und mich der Chance einer Gehaltsverbesserung zu entsagen, oder fühle ich mich kräftig und willig genug, in dem Staatsdienst zu verbleiben?“ Diese Erwägung ist jedenfalls bei Vielen vorhanden gewesen. In dieser Weise sind auch vielfach die strengen Grundsätze gemildert worden. Wenn nun doch noch eine Härte eingetreten ist, so stand der Weg der allerhöchsten Gnade offen. Wenn es sich aber darum handelt, die zu ertheilende Pension zu bestimmen, so kann nur ein Gehalt zu Grunde gelegt werden, das der Betreffende wirklich erhalten hat, nicht eines, das er erhalten haben könnte. Eine Befugnis, das erhöhte Gehalt zu Grunde zu legen, hat der Staat erst nach Publikation des Etatsgesetzes. Ich finde nichts dagegen zu erinnern, wenn die Frage an die Budgetkommission verwiesen wird, hoffe aber, daß diese Gesichtspunkte von ihr berücksichtigt werden.

Abg. Gneist: Die Majorität der Kommission nimmt an, daß die Vollmacht, welche der Regierung durch den Etat gegeben wird, eine rückwirkende Kraft habe für alle Beamten, deren Gehalt vom 1. Januar bis 17. März noch nach dem alten Etat berechnet worden ist. Das folgt daraus, daß in Preußen das Gehalt ein jährliches ist und vom Januar zum Januar gerechnet wird; für pensionirte Beamte kann ich dasselbe nicht in Anspruch nehmen. Dann meinte die Majorität der Kommission, man solle aequitatis causa eine nachträgliche Bewilligung eintreten lassen; ich möchte Ihre Zeit nicht in Anspruch nehmen, Ihnen die Tragweite eines solchen Beschlusses vorzuführen. Wenn das neu gewählte Haus nicht derselben Meinung mit uns ist, was folgt dann für die Stellung des Herrn Ministers daraus. Um

einem Bahndirektor 16 Thlr. Zulage zu verschaffen, rühren wir hier Prinzipienfragen auf, die wir besser ruhen lassen, die für die Auslegung des Etats größere Wichtigkeit haben würden, als alle Bahndirektorgehalte aufzuzunehmen. Ich glaube, daß die Minorität der Kommission allein korrekt gehandelt hat, wenn sie Uebertragung zur Tagesordnung vorschlug, welchen Vorschlag ich erneuere.

Abg. Dr. Braun (Waldenburg): Ein Bahndirektor ist auch ein Mensch, wie jeder andere, und für ihn sind 16 Thlr. wichtiger, als für einen andern 1600 Thlr. Wir dürfen also nicht gleichgültig darüber hinweggehen. Die lange Debatte hat mich bedenklich gemacht. Es handelt sich um einen Fall, der eine außerordentliche Tragweite in sich schließt, ich habe deshalb beantragt, ihn zu genauer eingehender Berathung an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. Windthorst (Weppen) spricht sich für den Antrag des Vorredners aus.

Der Antrag Gneist (Uebertragung zur Tages-Ordnung) wird abgelehnt, und die Verweisung der Petition an die Budgetkommission fast einstimmig genehmigt.

An dieser Stelle theilt der Präsident das Resultat der Wahl und Konstituierung der besonderen Kommission für die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Klassen- und Einkommensteuer mit: v. Hennig (Vorsitzender), Graf Winzingerode (Stellvertreter), Graf Reventlow und Sachsse (Schriftführer).

Das Haus tritt nunmehr in die erste Berathung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Dotation der Provinzial-Verbande ein.

§ 1. Aus den Einnahmen des Staatshaushalts wird vom 1. Januar 1873 ab eine Summe von jährlich drei Millionen Thaler zur Verfügung gestellt, um 1) die Provinzialverbände von Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen und der Rheinprovinz sowie den Stadtkreis Frankfurt a. M. und die Hohenzollern'schen Lande mit Fonds zur Selbstverwaltung auszustatten, 2) diese Verbände, sowie den Provinzial-Verband von Hannover und die Kommunal-Verbände der Regierungs-Bezirke Kassel und Wiesbaden in den Stand zu setzen, die zur Durchführung der Kreis-Ordnung in den sechs östlichen Provinzen und der für die übrigen Provinzen und Landestheile zu erlassenden ähnlichen Gesetze erforderlichen Beihilfen zu gewähren.

§ 2. Die Vertheilung der im § 1 bestimmten Summe unter die ebendafelbst gedachten kommunalen Verbände, sowie die Verwendungszwecke dieser Summe werden durch besondere Gesetze festgestellt. — Bis zum Erlasse derselben sind die Jahresbeträge der überwiesenen Summe, soweit dieselben jeweilig noch nicht ihre bestimmungsmäßige Verwendung gefunden haben, zu einem für Rechnung der betheiligten Verbände zu verwaltemden und zinsbar zu belegenden Fonds zu vereinbaren. — Eine Nachweisung über die Bestände des Fonds ist dem Landtage alljährlich vorzulegen. § 3. Die Ueberweisung weiterer Summen, aus dem Staatshaushalts-Etat, unter Uebertragung der entsprechenden Ausgabe-Verpflichtungen, bleibt vorbehalten.

Zum Wort melden sich zwei Redner gegen, drei für die Vorlage.

Abg. v. Sauten (Tarpitschen). Wohl selten ist ein originelleres Gesetz einer Landesvertretung vorgelegt worden, als dieses. Es wird eine Summe Geldes deponirt zu Zwecken und durch Behörden, die beide erst näher festgestellt werden sollen, bis das Geschehen ist, ruht das Geld und trägt Zinsen. Ein Analogon dazu ist nur in dem preussischen Staatshaushalt gegeben, und man hätte daher dieses Gesetz nicht ein Gesetz der Dotation der Provinzen, sondern richtiger eines Provinzialhaushalts nennen sollen. Ich frage mich, warum uns das Gesetz schon jetzt und nicht erst dann vorgelegt wird, wenn das Geld auch wirklich gebraucht wird; und da dachte ich einen Augenblick, dieses Gesetz sollte das Testament des Ministers Eulenburg sein. Damals, als es eingebracht wurde, war die unbegründete Ansicht vertreten, der Minister Eulenburg werde nicht mehr lange auf seinem Posten bleiben, und ich dachte mir, Graf Eulenburg ist ein gewissenhafter Mann. Er hat den Provinzen diese Dotation zugesichert, er wußte nicht, ob er noch lange in seinem Amte bleiben werde und da hat er noch schleunigst seine Zusicherung erfüllen wollen. Nun aber hat sich diese Ansicht als irrig erwiesen. Der Minister des Innern hat uns erklärt, daß er es für wünschenswerth halte, wenn er noch mindestens bis zum Jahre 1875 oder 1876 im Amte bleibe; er hat nämlich gesagt, daß zur Durchführung der Kreisordnung der Minister der geeignete wäre, der die Kreisordnung zu Stande gebracht hat. Ich nun hätte die Erfüllung seines Versprechens darin gesehen, wenn er uns zunächst die neuen Provinzialordnungsgesetze vorgelegt hätte und dann erst dieses Gesetz. Der Hauptgrund für die Einbringung des letzteren soll sein die Kosten in der neuen Kreisordnung zu decken und es wird darauf hingewiesen, daß diese Mitglieder nur auf diese Vertheilung der Kostendeckung hin die Kreisordnung angenommen haben. Sind denn aber durch dieses Gesetz jene Vertheilungen auch wirklich erfüllt? In dem Gesetz steht zunächst nichts davon, daß das Zustandekommen der Provinzialordnung eine wesentliche Grundlage für die Vertheilung der Dotation sein soll. In den Motiven des Gesetzes ist nur gesagt, es vertheile sich gewissermaßen von selbst, daß erst dann diese Gelder flüssig werden, wenn die Provinzialordnung in den neuen Grundlagen zu Stande kommen wird; und dabei wird in den Motiven eine Kette von Versprechungen gemacht; es werden erst 1 Million, dann noch 2 versprochen, wenn die Provinzialordnung zu Stande kommt und endlich noch 2 1/2 Million, wenn sie gut zu Stande kommt. — Wir (die Fortschrittspartei) werden das Gesetz nur dann annehmen, wenn diese Mittel nicht den jetzt bestehenden Provinzialvertretungen überwiesen werden dürfen. Die Erklärung des Ministers und die Versprechungen in den Motiven genügen dafür in keiner Weise. Ein anderer Minister kann kommen und dann enthält das Gesetz auch nicht ein Wort darüber, welche Provinzialvertretung die Summen überkommt. Wir müssen daher gesetzlich sicher gestellt werden gegen eine Ueberweisung dieser Fonds an die jetzige Provinzialvertretung und dann auch sicher gestellt sein, daß die in den Motiven in feste Aussicht gestellte Zusicherung, 1 Million zu Verwaltungs-zwecken flüssig zu machen, in das Gesetz mit aufgenommen werde. Mit der Flüssigmachung dieser Million zu warten, bis die Provinzialordnung zu Stande kommt, halten wir nicht für praktisch und nicht für loyal gegenüber den Versprechungen, die bei der Vertheilung der Kreisordnung gemacht wurden. Die Durchführung der Provinzialordnung kann sich leicht noch sehr lange verzögern. Ich hätte wohl gewünscht, die Regierung hätte das Eisen im Herrenhause geschmiedet, so lange es noch glüht, und wäre gleich auch mit der neuen Provinzialordnung vorgegangen; denn es ist nicht undenkbar und nicht unwahrscheinlich, daß die gegenwärtige Majorität im Herrenhause in kurzer Zeit nicht mehr vorhanden sein wird. Ich stelle nun den Antrag, das Gesetz an eine Kommission zu verweisen, worin am Zweckmäßigsten die technischen Fragen und Schwierigkeiten erledigt werden können, die sich bei dem der Vertheilung zu Grunde zu legenden Berechnungsplan erheben werden.

Abg. Dr. Friedenthal: Ich bin mit dem Vorredner der Meinung, daß das vorliegende Gesetz von außerordentlich weittragender Bedeutung ist, zwar nicht die Fixirung eines gesetzlichen Versprechens, sondern mehr ein Finanzgesetz, welches die finanzielle Grundlage zu inneren Organisationen im Anschluß an die Kreis- und Provinzialordnung giebt. Auch ich meine, daß ein solches Gesetz in einer Kommission beraten werden muß, um den allgemeinen Umrissen, in denen es sich bewegt, und den Grundlinien, die es vorläufig zieht, positive für die ganze Sache entscheidende Bestimmungen hinzuzufügen. Ganz besonders nöthigen die Motive dazu, welche eigentlich dem Gesetz den sachlichen Inhalt geben. Würden wir nun ein solches Gesetz hier im Plenum selbst amendiren, so würden als authentisches Material für die Interpretation des Gesetzes die Motive der Regierung vorliegen. Das aber wünsche ich nicht; denn es sind in den Motiven gewisse Grundzüge, die ich entschieden ablehne. Ich wünsche für das, was wir annehmen, diejenigen Motive, die das Haus dafür haben wird, in einem Kommissionsbericht festgestellt zu sehen, um dadurch diejenigen Grundlagen für die authentische Interpretation des Gesetzes und das spätere Ausführungsgesetz zu geben, welche das Haus selbst wünscht und die nach meinem Dafürhalten notwendig sind. Ich spreche noch aus einem andern Grunde für die Kommissionsberathung. Ich möchte Sie an die Diskussion über den hannoverschen Provinzialfond erinnern. Ich habe diese Diskussion, da ich damals noch nicht Mitglied

— In Betreff der angeblichen Schließung der dem Staate angehörigen Kirchen wird uns von unterrichteter Seite gemeldet, daß in der Weisung, welche seitens des hiesigen Provinzial-Schul-Kollegiums den Direktoren der höheren katholischen Lehranstalten in unserer Provinz wenige Tage vor dem 8. d. M. zugegangen ist, von einer Schließung der betr. Kirchen auch nicht im Entferntesten die Rede gewesen ist. Unser Gewährsmann schreibt:

Was speziell das hiesige katholische Mariengymnasium betrifft, so erhielt der Direktor desselben eine Verfügung des hiesigen Provinzial-Schul-Kollegiums, nach welcher „der Anstalts-gottesdienst am 8. d. Mts. nicht abgehalten werden dürfe, und der Anstalts-geistliche, das Lehrer-Kollegium und die Schüler hierin mit Weisung zu versehen seien; doch sei es den Schülern freizustellen, dem Gottesdienste in der Parochialkirche beizuwohnen.“ Es hat demnach der Anstalts-gottesdienst in der Bernhardinerkirche, welche als säkularisierte ehemalige Klosterkirche dem Staate gehört, und lediglich als Gymnasialkirche vom Mariengymnasium benutzt wird, am 8. d. Mts. nicht stattgefunden; und da diese Kirche überhaupt nur dann geöffnet wird, wenn für die Schüler des Mariengymnasiums dort Gottesdienst abgehalten wird, so blieb die Kirche am letzten Sonntag geschlossen; von keiner Behörde ist diese Schließung der Kirche angeordnet worden, sie ergab sich von selbst. Ähnlich verhält es sich mit der hiesigen katholischen Seminar-Kirche, welche gleichfalls als säkularisierte ehemalige Klosterkirche dem Staate angehört. Auch hier fand am Sonntag Vormittags kein Gottesdienst für die Seminaristen statt; dagegen wurde dort eine stille Messe abgehalten. Den katholischen Schülern der Realschule, für welche sonst Sonntag Vormittags in der katholischen Pfarrkirche ein Gottesdienst stattfand, wurde gleichfalls eröffnet, daß derselbe am 8. d. M. ausfallen werde, daß es ihnen jedoch freigestellt sei, dem gewöhnlichen Gottesdienste beizuwohnen. Ähnliche Weisungen sind den Schülern in den höheren Lehranstalten der Provinz erteilt worden, nirgends ist von einer Schließung der Kirchen oder gar davon die Rede gewesen, daß man die Schüler hindern wollte, dem gemeinsamen, gewöhnlichen Gottesdienste an jenem Sonntage beizuwohnen. Was nun die Befugnis der katholischen Religionslehrer, resp. Geistlichen an den höheren Lehranstalten, den Schülern den Hirtenbrief in der Kirche vorzulesen, betrifft, so giebt es zwar ein Reskript vom 6ten April 1871, nach welchem „die katholischen Religionslehrer Erlaube oder Befugnisse ihrer kirchlichen Oberbehörde in den Schulklassen nur nach vorgängiger Genehmigung des Vorstehers der Anstalt mitteilen dürfen.“ Der Hirtenbrief jedoch ist nicht in den Schulklassen, sondern in den Kirchen, beim Anstalts-gottesdienst am 24. Nov. v. l. gelesen worden.

— Der neuerdings abgeschlossene Kartellvertrag zwischen Rußland und Preußen wird jetzt, wie man der „Post“ meldet, seinen Hauptbestimmungen nach durch das Medium einer Verfügung der bromberger Regierung bekannt. Danach soll zunächst die Genehmigung zum Aufenthalte eines Fremden polnischer Nationalität direkt von dem Oberpräsidenten der betreffenden Provinz eingeholt werden. Bettlern, Vagabunden und sonst gemeingefährlichen Individuen soll der Uebergang über die Grenze nach Möglichkeit verwehrt und im Nothfalle ihre Auslieferung an die zuständige Grenzbehörde unverzüglich bewirkt werden. Von besonderem Interesse aber sind die Bestimmungen bezüglich der Naturalisation. Leute, welche nicht wenigstens so viel Deutsch können, daß sie sich verständlich zu machen in der Lage sind, sollen überhaupt nicht oder erst dann naturalisirt werden, wenn sie in Folge eines mehrjährigen Aufenthalts sich die Kenntniß der deutschen Sprache angeeignet haben. Trägt Jemand auf Naturalisation an, so soll ihm bemerkt gemacht werden, daß, sofern er den obigen Bedingungen nicht genügt, er auch in Zukunft nur dann auf Ertheilung des Bürgerrechts rechnen könne, wenn er den Nachweis zu führen in der Lage ist, daß er der Erlernung der deutschen Sprache ernstliche Bemühungen zugewendet habe. Der Vertrag ist also einfach eine Polizeimaßregel zum Schutze gegen das Uebertreten von Bettlern und Vagabunden und hat keine Ähnlichkeit mit dem früheren Kartellvertrage zur Auslieferung von Militärpflichtigen.

— Wie der „Kurjer Pohnanski“ mittheilt, hat die Polizeibehörde in Schroda über die „Mägde Marias“ (Słuzebniczki Maryi), welche eine unter der Protektion des Prälaten Koźmian gestiftete religiöse Genossenschaft bilden, Nachforschungen angestellt.

— Ueber das Schulwesen enthält der städtische Verwaltungsbericht pro 1871/72 Folgendes: Dasselbe erfordert in diesem Verwaltungsjahre extraordinäre Mittel, indem die städtischen Behörden die Verpflichtung anerkannt haben, die Gehälter sämtlicher Lehrkräfte zu erhöhen und dabei noch insbesondere den staatlich festgestellten Normaltafel für die städtische Realschule zu adoptiren; zu diesem Behufe wurde schon für das zweite Semester d. J. sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen der städtischen Schulen eine Zulage von 10 pCt. des gegenwärtigen Gehaltes als Uebereinstimmungsgeldung extraordinary bewilligt, eine Gesamtsumme von 4084 Thlr. — Befürs. Erweiterung der Rechte der Realschul-Abiturienten haben sich die städtischen Behörden der Petition der Realschulmänner von Rheinland und Westphalen an das Abgeordnetenhaus angeschlossen, „dabin zu wirken, daß die Realschulfrage von Neuem geprüft und der Realschule I. Ordnung endlich ihr Recht werde. Wegen damaligen Sessionschlusses kam diese Petition noch nicht zur Verathung, und wird jetzt wiederholt werden. Die Bemühungen des Magistrats zur Beseitigung der seltstich hier noch bestehenden Unterschiede zwischen Lehrern christlichen und jüdischen Glaubens im Lehren der deutschen Sprache und der Geschichte sind vorläufig dadurch gegenstandslos geworden, daß die beiden angestellten Lehrer jüdischen Glaubens, einem Ruf nach anderen Städten folgend, aus dem Lehrerkollegium ausgeschieden sind. Nach einem Reskript des Kultusministers vom 7. Juni d. J. wird der Geschichts-Unterricht in den oberen Klassen, nach Aufhebung der für die polnischen Schüler gebildeten Abtheilung seit Michaeli d. J. nur in deutscher Sprache erteilt. — Die definitive Ordnung des niederen Schulwesens wird in Angriff genommen werden können, nachdem das neue Gemeindeschulhaus mit 21 Klassenzimmern von der Mittel-Knaben- und Mädchenschule eingenommen ist und nunmehr eine richtige Uebersicht über die Lokalbedürfnisse gewonnen werden wird. Auch in der nur von jüdischen Kindern besuchten Elementarschule ist zu Michaeli die Trennung der Geschlechter durchgeführt worden, so daß jetzt das Schulwesen unserer Stadt nur Knabenschulen mit Knabenklassen und Mädchenschulen mit Mädchenklassen enthält. Von den drei Zielen des Reform-Grundplans ist daher das erste Ziel: Trennung der Geschlechter durch alle Schulen und Klassen, jetzt vollständig erreicht. — Die städtische Mittelschule wurde in den 9 Klassen der Knaben-Abtheilung im Sommersemester von 432 Knaben besucht (239 evangelischen, 141 katholischen, 52 jüdischen, 327 Deutschen, 105 Polen, 54 Auswärtigen); die Mädchen-Abtheilung von 344 Mädchen, beide Abtheilungen zusammen von 776 Schülern und Schülerinnen (davon 434 evangelischen, 219 katholischen, 123 jüdischen, 623 Deutschen, 143 Polen, 79 Auswärtigen); es unterrichten an der Anstalt 16 Lehrer, 6 Lehrerinnen, 2 Handarbeitslehrerinnen; seit Einzug in das neue Gebäude ist jede Abtheilung um eine (Parallell-)Klasse erweitert und zu diesem Behufe eine Hilfskraft angenommen worden. — Die Simultan-Knabenschule wurde im Sommer-Semester von 360 Schülern (199 evangelischen, 134 katholischen, 27 jüdischen, 259 Deutschen, 101 Polen, 23 Auswärtigen) besucht, und beweist durch die erfreuliche Theilnahme der Katholiken und Polen, daß die Gründung dieser Anstalt einem tiefen und

(Fortsetzung in der Beilage.)

gewissen Theil aufnehmen und dann wollen wir die Unterschiede durch Staatsubvention ausgleichen. Nichts wäre gefährlicher als ein solches System, dem jeder Maßstab fehlen, das der Willkür Thür und Thor öffnen würde. Wir müssen den Weg geben, den die Regierungsvorlage vorschreibt; wir werden die Rentenüberweisung zu akzeptiren haben, aber wir werden ferner die Summe fixiren müssen, die nur in den Motiven fixirt ist und welche nothwendig ist, um die Sache in bestimmte Grenzen zu fassen, wie dies bei der Gesetzgebung nothwendig ist, die im Gesetz fixirt werden muß. Wir werden uns aber ferner vielleicht damit zu beschäftigen haben, ob es möglich sein wird, einen bestimmten Zeitpunkt zu fixiren, bis zu dem nothwendig der zweite Schritt auch für die Provinzialfonds geschehen muß, bis zu dem wir wünschen, daß die Provinzialordnungen festgestellt seien und die Ausschüttung des Provinzialfonds an die Provinzen zu geschehen habe. Ich hoffe in dieser Hinsicht mit Bestimmtheit von der Regierung, daß die nothwendigen Konsequenzen, die aus der Kreisordnung und aus diesem Gesetze folgen, auch in absehbarer Zeit zur Realisirung gebracht werden. Was die Kreisfonds betrifft, so liegt hier die Sache wesentlich anders. Da werden wir uns nicht mit diesen allgemeinen Grundzügen begnügen können, sondern wir werden nothwendig noch in dieser Session diejenigen Ausführungsbestimmungen haben müssen, die aus dem Artikel 70 der Kreisordnung folgen. Denn der Inhalt der Kreisordnung ist die Konsequenz des Artikels 70 und er hat noch fernere Konsequenzen, die sofort in Wirksamkeit treten müssen, nachdem die Kreisordnung in Gesetzeskraft getreten ist. Schon für dieses Jahr müssen wir die Frage erörtern, ob wir gewisse Mittel für die Ausführung der Kreisordnung flüssig machen wollen. Darum wird die Regierung der Kommission gegenüber entweder sich bereit finden müssen, ein zweites Gesetz über die Ausführung der Kreisordnung sofort vorzulegen oder in Form von Amendements zu diesem Gesetze schon in dieses die Bestimmungen hineinzubringen, welche für die Ausführung nothwendig sind. Ich verlange nun nicht eine sofortige verbindende Erklärung von der Regierung, aber ich erwarte sie in der Kommission vor Beginn der Spezialdiskussion, damit wir wissen, welche Stellung sie in dieser Frage einnimmt und ob wir eventuell selbst die Initiative ergreifen müssen. — Bezüglich der Kreisfonds erinnere ich daran, was wir bei der Kreisordnung beschlossen haben: nicht bloß die Kreisanschüsse zu dotiren für die Mehrbelastung, die den Kreisen durch die Uebernahme staatlicher Funktionen erwächst, sondern daß wir auch beschließen haben, die Amtsbezirke aus demselben Grunde und mit demselben Rechte zu dotiren. Denn ich behaupte, daß nicht minder wie die Kreisanschüsse auch die Amtsbezirke allgemeine Staatsangelegenheiten übernehmen und daß es eine Forderung der Gerechtigkeit ist, sie für diese Mehrbelastung zu entschädigen. Wir haben damals in dieser Beziehung den Gesichtspunkt aufgestellt, daß außer demjenigen, was aus Staatsmitteln hierfür überwiesen wird, was an fiskalischen Kosten gegenwärtig erspart wird, ebenfalls diesem Zwecke dienen soll. Ich habe mich damals absichtlich nicht in die Details dieser Erparungsfrage gemischt, aber ich kann mich nicht auf den Gesichtspunkt stellen, daß es sich bei dieser Frage bloß darum handle, was gegenwärtig auf dem Etat steht, und was im ersten Moment, nachdem die neue Organisation eintritt, wegfällt, sondern, daß es sich dabei um das Prinzip handelt, daß wir den Maßstab werden anlegen müssen; wie würden sich diejenigen Kosten, welche gegenwärtig der Fiskus zu tragen hat, im weiteren Verlauf der Sache gestellt haben, wenn nicht die neue Organisation eingetreten wäre? Und die Antwort auf diese Frage würde eine viel weitere sein, als diejenige, die zunächst der Finanzminister darauf zu geben geneigt zu sein scheint. Ich muß bei dieser Gelegenheit noch einen kleinen Vorwurf zurückweisen. Es ist hin und wieder gesagt worden, daß das, was wir an Kreisfonds geben, gewissermaßen ein Geschenk an die Bevölkerung sei, um ihre Sympathie für die neue Organisation zu gewinnen. Ich bestreite das aufs Allerheftigste; denn ich würde eine solche Verfügung über Staatsmittel für gewissenslos halten. Ich halte es durchaus für eine Pflicht der Gerechtigkeit, daß den Kreisen für die übernommene Mehrbelastung eine volle Entschädigung zu Theil werde. Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir in der Kommission eine ernste und eingehende Arbeit vorzunehmen haben. Ich glaube Ihnen nun nachgewiesen zu haben, daß dies Gesetz nicht der Budget-, sondern einer besonderen Kommission überwiesen werden muß, die nach denselben Gesichtspunkten zusammenzufassen ist, wie die Kommission für die Kreisordnung, mit welcher dies Gesetz in unmittelbarem Zusammenhange steht. Ich freue mich, daß unmittelbar nach den ersten Kämpfen über die Kreisordnung, in denen ich meinstheils weder Besiegte noch Sieger sehe, gerade dies Gesetz aus allen Seiten des Hauses sympathisch ist, den Anlaß giebt, gemeinsam Gutes, Heilsames und Förderliches in Konsequenz und in Anknüpfung an die neue Reform zu Stande zu bringen. (Beifall.)

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich habe mich gegen das Gesetz einschreiben lassen, nicht als ob ich seinen materiellen Inhalt verwerfe, sondern weil ich nicht weiß, unter welchen Formen es ausgeführt werden soll. Ich verstehe nicht, wie man Bedenken haben kann, diese Fonds unseren jetzigen Provinzialverbänden zu überweisen; die neue Kreisordnung erschüttert dieselben vorläufig gar nicht. Auch haben die alten Provinzialverbände bisher besser, wenigstens billiger, gearbeitet, als die auf neuem Fuß eingerichteten. Noch Eins fällt mir an diesem Gesetze auf. Während das Gesetz in allen Provinzen die Provinzialverbände dotirt, sollen in Hessen-Nassau die Kommunalverbände mit Fonds ausgerüstet werden. Es scheint, daß man nur in den neuen Provinzen die berechtigten Eigentümlichkeiten achten will; wir in der Mark haben ja auch vier Kommunalverbände: die Lausitz, die Kur-, Nord- und Uckermark. Ich bitte die Kommission, namentlich auf diesen Punkt ihre Aufmerksamkeit zu richten.

Abg. v. Benda: Ich kann mich im Großen und Ganzen mit der Vorlage einverstanden erklären, und halte mir spezielle Einwände für die zweite Lesung vor. Wenn vorhin angedeutet worden ist, daß ich früher die Provinzialverbände mit Antheilen an der Grundsteuer ausgestattet sehen wollte, so ist das richtig. Ich war dieser Ansicht, einmal weil dann der Vertheilungsmaßstab von selbst gegeben war, dessen Feststellung jetzt nicht geringe Schwierigkeiten machen wird und zweitens, weil ich die Besteuerung unseres Grundbesitzes für sehr ansehbar halte. Ich unterstütze die Agitation für Aufhebung der Grundsteuer nicht, und jedenfalls bin ich der Ansicht, daß wir sie nicht erleben werden, eber der Meinung bin ich allerdings, daß die Grundsteuer wesentlich eine Kommunalsteuer ist und daß ihrer Ausdehnung als Staatssteuer ein Riegel vorgeschoben werden muß. Endlich wünsche ich, daß die in Aussicht gestellten Fonds nicht bis zum Zustandekommen der neuen Provinzial-Ordnung reservirt werden. Wenn wir dieselbe erst haben, wird sie so billig arbeiten, daß wir jetzt keine Schätze für sie ansammeln brauchen.

Damit schließt die erste Lesung; die Vorlage wird einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. An dieselbe Kommission geht ohne Debatte der Rechenschaftsbericht über die Verwendung des zur Gewährung von Beihilfen an Angehörige der Reserve und Landwehr durch das Reichsgesetz vom 22. Juni 1871 bereit gestellten Fonds und der Gesetzentwurf, betreffend die den Angehörigen der Reserve und Landwehr geleisteten Beihilfen, nachdem sich Abg. Laßler vorbehalten hat, der Kommission Mittheilung über die in verschiedenen Landesheilen harte und rücksichtslose Eintreibung der den Reservisten und Landwehrmännern gewährten Darlehen zu machen.

Es folgt die erste und zweite Verlesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abständnahme von der durch das Gesetz vom 25. März 1872 angeordneten Ausführung einer Eisenbahn von Eschhofen und Camberg für Staatsrechnung. Abg. Lutz ist damit einverstanden, daß die Regierung die Verpflichtung zum Bau dieser Bahn auf die hiesige Ludwigsbahn abwälze; nur möchte ich wissen, ob die letztere schon die Koncession zum Bau der Bahn über den Westerwald erhalten habe. Reg.-Kommissar Geh.-Rath Boetticher bejaht diese Frage; die Vorarbeiten würden nächsten begonnen werden. Damit schließt die erste Lesung; in zweiter wird die Vorlage genehmigt.

Schluß 3 Uhr; nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Einige kleinere Finanz- und Provinzialgesetze.)

der Landesvertretung war, als bescheidener Leser genossen, und kann versichern, daß auf mich nichts einen so unangenehmen Eindruck gemacht hat, als das Markten der verschiedenen Provinzen unter einander, daß sie sich gegenseitig vorhielten: das habt ihr zu viel und jenes habt ihr zu viel. Ich möchte nun nicht, daß bei Gelegenheit dieses Gesetzes, und das, glaube ich, würde unvermeidlich sein, diese Vorgänge sich wiederholten; dann werden uns auch eine Menge Zahlen vorgeführt werden, die man im Plenum doch nicht kontrolliren kann und das möchte ich vermeiden sehen. Wenn die Provinzen etwas unter sich vertheilen, müssen sie von demselben Gesichtspunkt ausgehen, wie Familienglieder, die, wenn sie anständig sind, das, was sie zu theilen haben, auch nicht auf offenem Markte, sondern im stillen Kämmerlein vornehmen. Die Auseinandersetzungen gehören also in die Kommission. Aber von vornherein erkläre ich mich gegen die Wahl der Budget-Kommission. Wenn es sich nämlich auch bezüglich der nächsten Wirkung und Form um ein Finanzgesetz handelt, so ist doch der wahre sachliche Inhalt nicht ein finanzieller, sondern ein organisatorischer. Darum bin ich für eine besondere Kommission. Bei solcher Verabreichung wird sich herausstellen, daß zwei wichtige Fragen, die in dem vorliegenden Gesetze konzipiren, nicht mit ihm zu vermischen sind. Die eine Frage, ob die Provinzialfonds in Form der Rente, wie das Gesetz will, oder in Form der Ueberweisung einer bestimmten Steuerkategorie erfolgen soll. Die letztere Prozedur ist warm befürwortet und in deren Sinne auch früher hier im Hause Resolutionen gefaßt worden. Aber ich halte es für besser, diese Fragen jetzt auszuscheiden. Jetzt handelt sich's darum, daß das Einkommen, über welches der Staat zu verfügen hat, in seiner Verwendung zwischen dem Zentrum und den Provinzen vertheilt wird. Begnügen wir uns damit und gehen wir nicht weiter, auch die Einkommensquellen zu theilen. Denn die Frage, ob es zweckmäßig sei, die Einkommensquellen so zu theilen, ist keine Provinzialfonds-sondern eine Steuerreformfrage, bei welcher alle die politischen und technischen Gesichtspunkte zu entscheidender Bedeutung gelangen, welche für die Steuerreform maßgebend sind. Erschweren wir uns die Frage der Provinzialfonds nicht dadurch, daß wir sie bepacken mit diesen Gesichtspunkten, die an sich nicht nothwendig mit ihr zusammenfallen. Ueberlassen wir das einer späteren Zeit. Wenn wir eine Rente überweisen, sind wir keineswegs präjudizirt, den Rentenempfänger nicht später auf bestimmte Steuern anzuweisen. Möge dem Gesetze aus dem Umstande keine Gegnerschaft erwachsen, daß die Provinzialfonds vorläufig als „Provinzialfunds“ konstituiert und nicht direkt an die Provinzen überwiesen werden. Auch die gegenwärtigen Provinzialvertretungen verdienen das Vertrauen, über solche Mittel zu verfügen, — die Kreisstände haben im wirtschaftlichen Interesse ihre Fonds stets unbefangen verwaltet, sie würden auch im vorliegenden Falle, so weit es sich um die wirtschaftliche Seite der Sache handelt, so handeln; mich hält um einer solchen Ueberweisung hauptsächlich das Moment ab, daß hier nicht allein eine wirtschaftliche, sondern eine große politische Maßregel vorgenommen werden soll, eine Dezentralisation im eminent politischen Sinne, wofür ich unsere heutigen Provinzialvertretungen ebenso wenig wie Kreisvertretung und Kreisverwaltung geeignet halte. Hierzu kommt für mich noch der Grund, daß ich für die Verwaltung so bedeutender Mittel unbedingte Deffentlichkeit verlange, an die Verwaltung der Provinzial-Vertretung, der diese nothwendige Kontrolle der Deffentlichkeit abgeht, würde sich leicht ein Mißtrauen knüpfen, welches von vornherein das Wesen der Selbstverwaltung schwächen und vergiften möchte. Endlich würde bei der bekannten Abneigung dieses Hauses gegen die Provinzialvertretungen eine sofortige Ueberweisung an dieselben die ganze Sache vereiteln. Ich bitte Sie, aus diesen Gründen sich an dieses Moment nicht zu stoßen, und die so erwünschten Provinzialfonds nicht um deswillen zu erschweren. Bei den positiven Gesichtspunkten, aus denen ich die Angelegenheit in der Kommission behandelt zu sehen wünsche, kann ich zunächst dem Hrn. Vorredner darin folgen, daß ich zwischen den eigentlichen Provinzialfonds und den den Kreisen zu überweisenden unterscheiden und diesen Unterschied auch gesetzlich ausgedrückt wissen will. Bei den Provinzialfonds hatten wir die Provinzen reicher aus zu zwecken, die sie schon gegenwärtig zu erfüllen bemüht sind und übertragen ihnen materielle Verwaltungsgebiete, die bisher der Staat direkt mit seinen Mitteln verwaltete. Das Charakteristische hierbei ist also die Dezentralisation, und dieselbe geschieht durch Verlegung der Funktionen des Zentrums in die Provinzen. Das könnte aber auch in bureaukratischer Weise geschehen, indem die provinziellen Staatsbehörden gewissermaßen Pauschquantum und größere Latitudo der Untervertheilung erhielten, als bisher. Mit der Dezentralisation aber verbinden wir noch Selbstverwaltung, und das Charakteristische bei diesen Provinzialfonds gegenüber den jetzigen Zuständen ist, daß wir sowohl in der Verwaltung selbst als in den Finanzen im Sinne der Selbstverwaltung dezentralisiren. Uebertragen wir z. B. den Kreisen Fonds, so werden damit die Kreis- und Amtsausschüsse salarirt, sächliche und persönliche Verwaltungskosten gedeckt, dagegen überweisen wir für eigentliche Kreiszwede keinen Pfennig. So kommen wir natürlich in der Behandlung zu ganz andern Konsequenzen, und hierbei gestatte ich mir eine kleine Exkursion in das Reich der Selbstverwaltung. Bei den letzten Verhandlungen darüber, besonders bei Gelegenheit des hannoverschen Provinzialfonds wurde ausgesprochen, wir fingen unsere Selbstverwaltung damit an, aus anderer Leute Taschen Geld zu nehmen. Wortspiele haben manches Befriedende für sich und sind deshalb gefährlich. Daher weise ich hier nach, daß es durchaus auf Schein und Irrthum beruht. Was wir als Selbstverwaltung wollen, ist nicht die Verwaltung selbständiger provinzieller Interessen im dem Sinne, als handelte es sich um die partikularistischen Interessen, sondern wir wollen diese Verwaltung zum Nutzen auch des Staates, nicht durch berufsmäßiges Beamtenthum, sondern in Form eines Ehrenamts. Falsch ist es also, wenn gesagt wird, daß wir aus fremder Tasche für die Verwaltung der Angelegenheiten derjenigen Personen etwas geben, die diese Verwaltung zu führen haben. Einige Beispiele werden das veranschaulichen. Wenn in Düsseldorf eine Kunstakademie besteht, die jetzt vom Staat unterstützt wird und wahrscheinlich später auch aus dem Provinzialfonds, wenn in Breslau, Königsberg, Danzig, Magdeburg später Kunst- und Gewerbeschulen entstehen, welche aus diesem Provinzialfonds Subventionen erhalten, ist dies eine staatliche oder provinzielle Angelegenheit? Erfrent sich der Schüler an den Werken, die aus der Düsseldorfer Kunstschule hervorgehen nicht ebenso, wie der Rheinländer, ist es nicht ein Zusammenwirken der vaterländischen Kunstinteressen? Wenn durch Chauffeen und Kanalisirungen in Schlesien Berlin seine Kohlen um einige Procente billiger hat, ist das eine Angelegenheit der Provinz Schlesien oder des öffentlichen Interesses? Kurz und gut, was wir den Provinzen überweisen, sind öffentliche Angelegenheiten des ganzen Staatswesens und nicht bloß derjenigen, welche aus Gemeinfinn diese Angelegenheiten verwalten. Es ist aber andererseits grundfalsch, daß das Geld aus fremden Taschen genommen wird. Alle Staatsbürger tragen dazu bei. Ich meine, daß dieser Vorwurf nur ein scheinbarer ist, und daß wir denselben entschieden zurückweisen müssen. Der Gedanke der Staatseinheit fordert, daß wir finanzielle Mittel für alle möglichen Kulturzwede geben und uns nicht auf einen partikularistischen Standpunkt stellen. Wenn ein Landesheil von Natur nicht leistungsfähig genug ist, so sollen ihm von Staatswegen die Mittel gewährt werden, dem Ziele nachzutreiben, welches die anderen Landesheile schon erreicht haben. Sind denn die Provinzen des Staates Inseln, von den anderen durch große Weere getrennt? Die Sache läge anders, wenn wir tabula rasa hätten und von Neuem aufzubauen hätten, dann werden wir vielleicht ein ganz Theil weniger Staatssteuern auferlegen und ein größeres Maß von Leistungen auf die Kommunalsteuern werfen können. So ist der Gang der Entwicklung in England gewesen. England hat den Schwerpunkt auf die Kommunalsteuern gelegt, die Staatssteuern bilden gewissermaßen eine Ausnahme. In England hat sich unmittelbar aus der korporativen Gestaltung des mittelalterlichen Staates die gegenwärtige Verfassung gebildet. Wir dagegen haben den Durchgangspunkt des absoluten Staates gehabt, der alle Leistungen in sich aufgenommen hat, und wenn wir gegenwärtig dezentralisiren wollen, so müssen wir gewissermaßen in eine gesunde Reaktion eintreten, wir müssen das, was zu Unrecht aufgefängt worden ist, den Gliedern, den Theilen des Staates wieder zurückgeben, um sie lebendig zu machen. Dabei können wir nun aber nicht sagen: Zunächst soll jede Provinz einen

ersten Bedürfnis entsprach. — Alle Elementarschulen, mit Ausnahme der nur von jüdischen Knaben besuchten Schulen, weisen Ueberfüllung nach, trotz der in den letzten Jahren erfolgten Erweiterung der Mittelschule, trotz der Errichtung der Simultan-Knabenschule und trotz der fortwährenden Vermehrung der Klassenzahl an den Elementarschulen, sowie des Lehrers- und Lehrerinnen-Personals. Die Elementarschulen wurden besucht von 1269 Knaben (307 evangel., 903 kathol., 59 jüd.) in 19 Klassen, von 1293 Mädchen (483 evangel., 743 kathol., 67 jüd.) in 17 Klassen; Frequenz-Durchschnitt der Klasse 73 (der Oberklassen 50, der Mittelklassen 69, der Unterklassen 102, mit einem Maximum von 130). Es wirken an denselben 49 Lehrkräfte (27 Lehrer, 10 Lehrerinnen, 12 Handarbeitslehrerinnen). Die Klassenzahl an Mittelschule, Simultan- und Elementarschulen ist seit 1867 von 42 auf 61, und die Anzahl der Lehrkräfte seitdem von 47 Lehrern und 14 Industrie-Lehrerinnen (zusammen 61) auf 53 Lehrer, 16 Lehrerinnen, 14 Industrie-Lehrerinnen (zusammen 83) gestiegen. Es geht aus dieser von Jahr zu Jahr wachsenden Frequenz hervor, daß trotz der andauernd gesteigerten Opfer der Gemeinde für Hebung und Erweiterung ihres niederen Schulwesens noch wesentlich höhere Opfer nötig sind, um unser Schulwesen auf die normale Höhe zu heben und auf derselben zu erhalten. In Achtung der verfassungsmäßig garantierten Unerklichkeit des Volksschulunterrichts und mit Rücksicht auf den nicht abzuleugnenden tiefen Stand der hiesigen Volksbildung wird von Schülern und Schülerinnen der Elementarschulen kein Schulgeld erhoben und beträgt dasselbe selbst in der Simultan- und Knabenschule nur 3 Thlr. jährlich.

Handwerker-Verein. In unserem gestrigen Bericht soll es heißen, daß der Verein 42 (nicht 12) neue Mitglieder zählt und 13 ausgeschieden sind. Die Mehrzahl der Ausgeschiedenen sind Kommis, die neu Eingetretenen zum größten Theil Gewerbetreibende und Handwerker.

Personalveränderungen in der Armee. Fehr. v. Schlotzheim, Gen. Major, beauftragt mit der Führung der 17. Division, zum Kommand. dieser Division ernannt. v. Ranzau, Gen. Major a. D., zuletzt Kommand. der 8. Kav. Brig., mit seiner Pension zur Disposition gestellt. v. Hausmann, Gen. Maj. und Kommand. der 14. Feld-Brig., zum Inspektor der 1. Art. Inspektion, v. Kamm, Gen. Major von der Armee, zum Kommand. der 8. Feld-Brig., v. Krensch, Oberst und Kommand. des Brandenburg. Feld-Regts. Nr. 3 (General-Feldzeugmeister) Korps-Art., unter Stellung à la suite dieses Regts., zum Kommand. der 7. Feld-Brig. ernannt. v. Helden-Sar-nowski, Oberst und Kommand. des Garde-Feld-Regts., Korps-Art., unter Stellung à la suite dieses Regts., mit der Führung der 14. Feld-Brig. beauftragt. v. Schelha, Oberst und Chef des Generalstabes V. Armee-Korps, zum Kommand. des Garde-Feld-Regts., Korps-Art., Bar. v. Eynatten, Oberst-Lt. à la suite des Weisf. Feld-Regts. Nr. 7, Korps-Art. und Kommand. zur Führung desselben, zum Kommand. dieses Regts., v. Zaliniski, Oberst-Lt. à la suite des Großherzog. Hess. Art. Korps und Kommand. zur Führung desselben, zum Kommand. dieses Korps ernannt. Schmidt, Maj. und Abteil. Kommand. im Ostpreuss. Feld-Regt. Nr. 1, Div. Art., zur Führung des Brandenburg. Feld-Regts. Nr. 3 (General-Feldzeugmeister), Korps-Art., v. Schulken-dorff, Major und Bats. Kommand. im Pomm. Fuß-Regt. Nr. 2, zur Führung des Nieder-sächsl. Fuß-Regts. Nr. 5 kommand. v. Hahnke, Major, aggreg. dem Gen. Stabe der Armee und Kommand. als Gen. Stabs-Off. beim Stabe der 4. Armee-Inspektion, unter Entbindung von diesem Kommando und Einrangirung in den Etat des Gen. Stabes, zum Chef des Gen. Stabes des III. Armee-Korps ernannt. v. Unruhe, Maj. vom Gen. Stabe des II. Armee-Korps, unter Aggregation bei dem Gen. Stabe der Armee, als Gen. Stabs-Off. zum Stabe der 4. Armee-Inspektion kommand. v. Saldern, Major vom Gen. Stabe der 3. Division, zum Gen. Stabe des II. Armee-Korps, Rhein, Major vom großen Gen. Stabe, zum Gen. Stabe der 3. Division, v. Hude, Major vom Gen. Stabe des I. Armee-Korps, zum Gen. Stabe der 22. Division verlegt. Dr. Lindner, Ober-Stabs- und Regts. Arzt vom 5. Weisf. Inf. Regt. Nr. 53, der Majors-Rang verliehen. Dr. John, Assist. Arzt vom 1. Schles. Drag. Regt. Nr. 4, zum Stabs- und Bats. Arzt des Füß. Bats. 4. Oberschles. Inf. Regts. Nr. 63 befördert. Dr. Rothe, Ob. Stabs- und Regts. Arzt vom 5. Brandenburg. Inf. Regt. Nr. 48, zum Gren. Regt. Prinz Karl von Preußen (2. Brandenburg.) Nr. 12, Dr. André, Stabs- und Abteil. Arzt von der reitenden Abteil. Feld-Regts. Nr. 15, zum 2. Bat. 2. Nieder-sächsl. Inf. Regts. Nr. 47, Dr. Flach, Assist. Arzt vom 3. Posen. Inf. Regt. Nr. 58, zum 3. Garde-Regt. zu Fuß, Dr. Schüler, Assist. Arzt v. Königs-Grenad. Regt. (2. Westpreuss.) Nr. 7, zum 1. Schles. Inf. Regt. Nr. 4 verlegt. Dr. Göpel, Ob. Stabs- und Regts. Arzt der Landw. vom 1. Bat. (Frankfurt a. S.) 1. Brandenburg. Landw. Regts. Nr. 8, der Abschied bewilligt. Zachris, Intend. Regitr., vom V. zum IV. Armee-Korps verlegt. Fehr. v. Gilleren, Jutirath, Divis. Auditeur der 22. Division, zum Ober- und Corps-Auditeur des XIV. Armee-Korps ernannt.

Viertes Gastspiel des Herrn Otto Lefsfeld.

Shakespeare's „Richard III.“ wurde gestern mit Herrn Lefsfeld in der Titelrolle gegeben. Wie die vorangegangenen, hatte auch diese Leistung des Gastes großen Erfolg: das vollständig gefüllte Haus rief den Künstler zu wiederholten Malen in enthusiastischer Weise.

„Die Tragödie von König Richard dem Dritten, enthaltend seine verrätherischen Anschläge gegen seinen Bruder Clarence, den jammer-vollen Mord seiner unschuldigen Weisen, seine tyrannische Usurpation mit dem ganzen Lauf seines abscheulichen Lebens und höchst verdienten Tod“, wie das Stück in der ersten Ausgabe vom Jahre 1597 betitelt war, wird zu den Jugendwerken Shakespeare's gezählt, und sie bildet den Abschluß jenes „Historien-Zyklus“, welcher die englische Geschichte von der Regierung Richard's II. bis zum Tode Richard's III. (und zwar von 1398–1485) behandelt. Die Gestalt Richard's III., dieses Ungeheuers in Menschengestalt, wurzelt in dem Boden der vor-hergehenden Historie Heinrich VI., und sie muß daher, außer allem Zusammenhang damit betrachtet, beinahe unmöglich erscheinen. „Wenn wir eine in kolossalen Verhältnissen gearbeitete Statue, die für einen öffentlichen Platz geschaffen ist, an den Füßen von dem Postament ab-lagen und sie auf den flachen Boden legen, so ist sie entstellt. Dasselbe Verfahren ist es, wenn man Richard III. von jenen beiden Dramen (Heinrich VI. 2. und 3. Theil) abißt, denn diese sind sein Postament. Wir müssen immerhin noch Einzelheiten, große, erhabene Züge an dieser Statue bewundern, aber wir sind der Möglichkeit beraubt, die Harmonie des Ganzen und dadurch die Idee der Schöpfung zu über-schauen.“ So sagt einer der neuesten Kritiker Shakespeare's, der be-rühmte Vorleser Rudolph Genée, und wir wüßten denn kaum etwas entgegenzusetzen. In der Tragödie Heinrich VI. wird der Charakter Richard's in der That bereits vollständig entwickelt, und wir vermögen darin zugleich seine Bedeutung für die ganze Geschichtsepoche, um welche es sich hier handelt, zu überschauen. In der gleichnamigen Tragödie selbst tritt uns Richard schon fix und fertig entgegen: wir sehen nicht, wie er geworden ist, was er ist, sondern nur, wie der völlig abge-schlossene Charakter handelt. Für seine Handlungen bleibt er uns die Motive nicht schuldig — wohl aber für seine Totalität.

Herr Lefsfeld gab den Richard genau nach dem Programm, welches derselbe gleich zu Anfang des Stückes in seinem Monologe aufstellt. Richard ist hiernach der gewillte und sich dessen völlig bewußte Bösewicht, dem nichts heilig erscheint, der die Menschennatur und vor Allem sich selbst verachtet. Nachsicht für die ungerechte Laune der Natur, die ihn vor Andern durch Häßlichkeit auszeichnete,

demgemäß instinktiver Haß gegen alle in dieser Beziehung Bevorzugten, ferner außerordentliche Schärfe des Verstandes und rücksichtslose Energie in der Verfolgung ehrgeiziger Pläne: das waren die Grund-Elemente, aus welchen sich dieser Charakter im Verlauf des Abends vor unsern Augen zusammensetzte. Ein Dämon in menschlicher Gestalt, übte dieser Richard einen unheimlichen aber gewaltigen Zauber. Glänzend wußte der Künstler namentlich die aus der Verstandesschärfe des Tyrannen hervorgehenden Eigenschaften: Schlantheit, Menschen-kenntnis und Heuchelei zu veranschaulichen. In Bezug auf die letztere wiederum war seine Darstellung in der an sich so unnatürlichen und deshalb empörenden Werbungs-scene des ersten Akts und in der Szene mit dem Lord-Mayor im dritten Akt ausgezeichnet. Uebrigens kam dem Künstler gerade in dieser Rolle seine imposante Bühnenerscheinung und im Weiteren die vortreffliche Maske zu statten.

Wir heißen gegenwärtig in Deutschland eine fast unübersehbare Shakespeare-literatur, welche insgesamt den Zweck verfolgt, den großen Briten zu interpretieren und mehr und mehr der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Beides wird jedoch stets die Bühnendarstellung am vollkommensten erreichen, namentlich so lange vorzügliche Shakespeare-darsteller wie Otto Lefsfeld jene großen Gestalten groß zu veranschaulichen wissen.

Aus dem Gerichtssaal.

Vom 1. Kriminalsenat des Obergerichtes ist in diesen Tagen der großartige Betrugssprozess gegen den Kaufmann Rose in Kolberg (wegen betrügerlicher Heidenlieferung für die französischen Gefan-genen) in der Nichtigkeitsinstanz entschieden worden. Nachdem das Kreisgericht zu Kolberg auf Freisprechung erkannt hatte, verurtheilte auf die hiergegen eingelegte Appellation der Staatsanwaltschaft das Appel-lationsgericht zu Köslin, den Rose wegen Betrugs zu einem Jahr Ge-fängnis und 500 Thlr. Geldbuße. Die gegen diese Entscheidung ein-gelegte Nichtigkeitsbeschwerde suchte darzuthun, daß nicht jede positive Handlung mit der Absicht und dem Erfolge der Fälschungserregung unter den im § 263 des Reichsstrafgesetzbuches enthaltenen Begriff „Vorfälschung“ zu subsumieren sei, letzterer vielmehr in allen Fällen eine ausdrückliche Versicherung voraussetze. Das Obergericht schloß sich jedoch dieser Auffassung nicht an, sondern erkannte auf Verwer-fung der Beschwerde. Mittlerweile ist Rose flüchtig geworden und wird flechtbrieflich verfolgt.

Staats- und Volkswirtschaft.

Handels-gewicht für Seide, Wolle und Garne. Der Handelsausschuß des Bundesrathes hat jetzt einen umfassenden Bericht über die Feststellung des Handels-gewichts von Seide, Wolle und wol-len Garnen durch öffentliche Konditionir-Anstalten erstattet, welche letztere vor zwei Jahren von 36 Kammgarn-Spinnereien Nord- und Süddeutschlands gefordert wurden. Der Ausschuß hat die Frage über Errichtung solcher Anstalten durch Gutachten der Organe des Handelsstandes in den verschiedenen Bundesstaaten unteruchen lassen. Die eingegangenen Gutachten konstatiren jedenfalls eine große Meinungsverschiedenheit über die Bedürfnisfrage, und weitere selbständige Untersuchungen haben erwiesen, daß die Errichtung solcher Anstalten unter staatlicher Autorität nach den in Deutschland herrschenden Ver-hältnissen in der Ausführung auf endlose Schwierigkeiten stoßen und nur wenig Vortheil bieten würden. Es erfolgte daher ein ablehnender Bescheid.

Baltische Waggon-Fabrik. Nach einem dem Aufsichtsrathe erstatteten Direktorial-Berichte ist die Lage der Anstalt eine durchaus günstige. Die eingegangenen Ordres bieten zu lohnenden Preisen Be-schäftigung für das ganze Jahr, während für das abgelaufene das Ergebnis auf 9–10 % geschätzt werden darf.

Vermischtes.

Berlin. Die bei Spandau von der Havelbrücke herabgestürzte Locomotive der Berlin-Lehrter Eisenbahn ist am Mittwoch Nach-mittag gegen 4 Uhr glücklich gehoben worden. Die Maschine ist ohne wesentliche Beschädigung und die Brücke ganz intakt, so daß nach der Beseitigung der Hebevorrichtungen u. d. d. Bahn dem Verkehr wieder übergeben werden konnte.

Berlin, 20. Dez. Auf dem Bahnhofe Erkner war dieser Tage eine Naturfelsenstube zu sehen: ein Hase mit vier Füßeln und einem völlig ausgewachsenen Fuchsschwanz. Das Thier soll, wie ber-liner Blätter schreiben, von einem berliner Jäger bei einer Treibjagd in Nibersdorf geschossen worden sein.

Stuttgart, 7. Dezember. Nach dem gestrigen Beschlusse der Abgeordneten-Kammer wird die Schillerstadt Marbach künftig eine Eisenbahnstation haben. Fern von der großen Heerstraße, wie ein abgelegener Wallfahrtsort, war das kleine, behaglich an einen Hügel über dem Neckar sich anschmiegende Nest bisher nur auf Sei-tenwegen zu Fuß oder Wagen von Ludwigsburg aus zu erreichen. Künftig werden die Pilger zu dem armen Bäderhaus, in welchem Schiller's Wiege stand, es bequemer haben. Und wunderbar — sie werden dies dem Andenken Schiller's verdanken. Nicht gerade als ob man bezüglich der Bahn auf eine außerordentliche Frequenz eben wegen der Schiller-Wallfahrt gerechnet hatte, aber der Abgeordnete von Ludwigsburg suchte es einleuchtend zu machen, daß es ganz im Allgemeinen Pflicht der Pietät gegen die Manen Schiller's sei, die Stadt Marbach nicht länger ohne Eisenbahn zu lassen. Mit vieler Heiterkeit hörte die Kammer die nähere Ausführung dieses literarge-schichtlichen Motivs an, und als der Redner in seinem Eifer vollends die komisch-mißverständliche Wendung gebrauchte: „wollte man Mar-bach hintanlegen und umgeben, so wäre das ein Schlag, wie die Stadt seit der Geburt Schiller's keinen mehr erlitten“ — so nach dem Verichte des Schwäb. Merk. — da war es mit dem Ernst der hohen Kammer für diesen Tag vorbei. Aber guter Dinge, wie die Abgeordneten einmal waren, genehmigten sie die Eisenbahnstation Marbach.

Für eine Tochter Palm's. Es wird wohl nur Wenigen bekannt sein, daß noch eine Tochter des unvergesslichen Palm am Leben und in München wohnhaft ist. Die arme Frau, verehelichte Redner, ist 73 Jahre alt, ihr Mann 71 Jahre; beide sind vollständig mittellos und erwerbsunfähig und fristen ihr Leben mit Hilfe eines geringen Gnadengehaltes von 300 Gulden, welche ihnen der verstorbene König Max aussetzen ließ, und einer Unterstützung des Buchhändler-Unter-stützungsvereins (50 Thaler jährlich). Dabei leiden die beiden alten Leute natürlich bei den jetzigen Preisen arge Noth. Mögen diese Zeilen den Anstoß geben, daß von Seiten des Gesamtbuchhandels Schritte geschehen, das Andenken des Mannes, der stets ein Stolz dieses Standes bleiben wird, auch dadurch zu ehren, daß seine Tochter für die wenigen Tage die sie noch zu leben haben wird, der Noth und dem Elend entrissen werde.

In Graz ward am 20. Oktober ein preussischer Mittergutsbesitzer Namens Raundorf unter dem Verdachte eines Entführungsver-suches an einem zwölfjährigen Mädchen verhaftet. Nach sechs-tägiger Haft stellte sich die Lügenhaftigkeit der Anzeige heraus; das Mäd-chen, das ursprünglich die Anklage erhoben hatte, machte später auch eine Diebstahls-anzeige, die sich als falsch erwies, und so wurde denn Herr Raundorf — allerdings, nachdem die Justiz sich sehr lange Zeit gelassen — wieder in Freiheit gesetzt.

Schießbaumwolle. Durch Zufall hat Herr E. D. Brown, einer der Chemiker des britischen Kriegsministeriums, eine Entdeckung gemacht, welche der Schießbaumwolle eine erhöhte Bedeutung als Sprengmaterial verleiht, indem sie derselben ein bedeutendes Element der Gefahr nimmt. Bisher war komprimirte Schießbaumwolle stets nur mit äußerster Vorsicht verwendet worden, weil einmal der Pro-zeß des Trocknens und dann später die Aufbewahrung des getrockneten

Materials aus dem Grunde äußerst gefährlich war, daß Schießbaum-wolle bei einem verhältnismäßig sehr niedrigen Temperaturgrade explodirt. Herr Brown hat nun im Laufe seiner Experimente festge-stellt, daß die komprimirte Schießbaumwolle im ungetrockneten Zu-stande, wenn sie 18–20 Prozent Wasser hält und daher vollständig unschädlich ist, doch ihre Sprengwirkung für Gruben- und ähnliche Arbeiten behält, wie im trockenen Zustande. Es wurde eine Anzahl Scheiben der feuchten Schießbaumwolle auf elektrischem Wege zur Explosion gebracht und die Wirkungen waren im höchsten Grade be-friedigend.

Die paläontologischen Untersuchungen in Nordame-rika hören nicht auf, erstaunliche Resultate zu liefern; die Lücken der schöpfungsgeschichtlichen Ueberlieferungen werden dort jährlich mit Hun-derten neuer Thierarten, deren Reste in den Gesteinen gefunden wer-den, ausgefüllt, ohne sich freilich sobald zu schließen, als man wün-schen möchte. Es liegen einige naturwissenschaftliche Zeitschriften aus Nordamerika vom letzten Monate vor und in diesen sind weniger, als 5 neue Gattungen und 24 neue Arten fossiler Reptilien, 3 neue Gat-tungen und 10 neue Arten fossiler Vögel und einige Duzend fossiler Säugethiere beschrieben. Professor Cope, ein ausgezeichnete Paläon-tologe, soll in den ersten zwei Wochen einer Forschungsreise in Nord-west-Amerika mehr als fünfzig neue Arten ausgestorbener Wirbelthiere entdeckt haben. In den Coenoscipitiden von Wyoming ist eine zweite Art des ausgestorbenen Säugethiers Tinoceras gefunden, von dem D. Marsh schreibt, daß es nicht nur ein paar kurze Hörner, sondern auch ein paar mächtige Hauer trug, ähnlich denen des Wallroßes in Größe, Gestalt und Richtung. Diese Stoßzähne sind seitlich zusam-mengegedrückt und die Zapfen der Hörner sind kurz und etwas gebogen. In seiner Gesamtheit, auch in der Größe, sieht das Thier dem Ele-phanten und zwar dem ausgestorbenen Geschlecht der Mastodonten am nächsten. In der oberen Kreide von Kansas ist gleichzeitig ein fos-siler Vogel mit altreptilienartigen, biconcaven Wirbeln gefunden.

Ein interessanter Depeschewechsel fand am 15. November zwischen Adelaide (Süd-Australien) und New-York statt: Mayor Hall in New-York empfing nämlich nachstehende Depesche: „Die Vollendung der telegraphischen Verbindung um die Welt, die man im Augenblick zu Adelaide durch ein Banket feiert, veranlaßt den Mayor dieser Stadt seinem Amtsbüro in New-York seine Glückwünsche darzubringen. Der Mayor von Adelaide.“ Diese Depesche beantwortete Mayor Hall durch folgende: „An den Mayor von Adelaide. Der Gruß des an-muthigen Adelaide eilte im Flug nach den Ufern des Indian. Die Metropolis der westlichen Hemisphäre begrüßt eine neue Weltstadt des Ozeans, emporgetragen durch angelsächsische Kraft und völkerverbündliche Freundschaft. Der Mayor von New-York.“

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Angekommene Fremde vom 12. Dezember.

KRUG'S HOTEL. Kupferschmiedemeister Schulz a. But., die Kauf-l. Gerlach a. Neustadt b. P., Pflaum a. Neutomischel, die Handelsleute Haupt a. Rüdigershagen, Schaefer a. Kreuznach, Gewerbeschüler Koch a. Chemnitz.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbes. Badniski a. Blewist, Hoffmeyer a. Schwerfen, Frau Benedikt a. Wreschen, Bahl nebst Frau aus Brzysno, v. Naczynski a. Głogynowo, Vode a. Polekne, Kaufm. Jagielski a. Gnesen, Dr. Pimaszel a. Dresden, Koperski a. Stepaszyn.

Wir halten es für unsere Pflicht, das hiesige und auswärtige Theater liebende Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß Herr Otto Lefsfeld, dessen Auftreten von so glänzendem Erfolg begleitet ist, am nächsten Sonnabend, den 14., als vorletzte Rolle seines Gastspiels, den Mephistopheles in Goethe's „Faust“ und am Montag, den 16., den Carlos in „Elvigo“ geben wird, welcher letztere Partie seitens des Künstlers hier noch nicht gespielt worden ist.

Viele Theaterfreunde.

Für alle Zustände Erfrischung und Stärkung.

- An den Kgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin.
- Döbeln in Sachsen. Der unterzeichnete Dr. Julius Neumann, praktischer Stabsarzt, bittet für beifolgenden Be-trag um Malzertrakt zu eigenem Gebrauch.
- Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslau-erstraße 38 und Wilhelmplatz 6; in Neutomischel Herr A. Hoffbauer; in Deutschenthal Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassirer & Co.; in Schroda Herr Fismol Baum; in Wongrowitz Herr Herrm. Ziegler; in Pleschen: L. Zboralski.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalescière Du Barry von London.“

Die delikate Heilmahrung Revalescière du Barry bewährt sich ohne Medicin und ohne Kosten bei allen Krankheiten die der Medicin widerstehen; nämlich Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Nerven- und Nierenleiden, Tubercu-lose, Diarrhöen, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Ver-stopfung, Fieber, Schwindel, Blutausschlag, Ohrenrauschen, Uebelkeit und Erbrechen selbst in der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Leichsucht. — Auszug aus 72,000 Certificaten über Genehungen, die aller Medicin getrotzt:

Certificat Nr. 68.471.

Brunetto (bei Mondovi), den 26. Okt. 1869.
Mein Herr! Ich kann Sie versichern, daß, seit ich von der wundervollen Revalescière du Barry Gebrauch machte, das heißt seit zwei Jahren, ich die Beschwerden meines Alters nicht mehr fühle, noch die Last meiner 84 Jahre. Meine Beine sind wieder schlank ge-worden; mein Gesicht ist so gut, daß ich keiner Brille bedarf; mein Magen ist stark, als wäre ich 30 Jahre alt. Kurz, ich fühle mich ver-jüngt; ich predige, ich höre Beichte, ich besuche Kranke, ich mache ziem-lich lange Reisen zu Fuß, ich fühle meinen Verstand klar und mein Gedächtnis erfrischt. Ich ersuche Sie, diese Erklärung zu veröffent-lichen, wo und wie Sie es wünschen, Ihr ganz ergebener
Abbe Peter Castelli,
Bach-és-Theol. und Pfarrer zu Brunetto,
Kreis Mondovi.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.
In Bleibhischen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalescière-Biscuits in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Rothe Apotheke, A. Pöhl, Krug & Fabricius, R. Fromm, Jacob Schlesinger Söhne, in Posen: Kissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Zul. Schottländer, in Graudenz bei Frig. Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessen-händlern.

Zeichen-Vorlagen

von Wilh. Hermes in Berlin

empfehlen sich zu hübschen Festgeschenken à Heft 6 Sgr. und 10 Sgr.
Vorräthig in allen Buch- und Kunsthandlungen des In- und Auslandes, in Posen bei
J. J. Heine, Markt 85, und Ernst Rehfeld.

Außerordentliche Preisherabsetzung

der besten, neuesten und vorzüglichsten Werke,
welche sich zu Festgeschenken eignen,

wie Pracht-Kupferwerke, Classiker, Belletristik, Romanliteratur u. s. w.
u. s. w., welche nur

zu nie dagewesenen Spottpreisen

durch die Buchhandlung von **A. Henschel & Co.** in Hamburg
zu beziehen sind.

Neueste Volks- u. Geschichtebibliothek zur Unterhaltung und Belehrung, das Nützlichste und Wissentlichste aus der Geschichte, Geographie, Dichtkunst, Literatur, Natur, unter Andern, Anekdoten, Compten, in alphabetischer, Fremdwörterbuch u. 20 Bände, elegant ausgestattet, statt 3 Thlr. 15 Sgr. nur 35 Sgr. —
1) Schiller's sämtliche Werke, 2) Goethe's Werke, 3) Lessing's Werke, alle drei in Prachteinbänden, zusammen nur 4 Thlr. — Butwer's Romane, schönste deutsche Ausgabe, beste Uebersetzung, 31 Theile, halt 6 Thlr. nur 2 Thlr. — Freya's Prachtwerk mit Hunderten von Stahlstichen, colorirten Kupfern und Holzschnitten, nebst Text der besten Schriftsteller, in einem Prachtband, nur 35 Sgr. — 1) Kallischmidt's Fremdwörterbuch, neueste Auflage 1872, über 20,000 Worte enthaltend, 2) Vollständiges Handbuch für Kaufleute, die ganze Handelswissenschaft enthaltend, wie Buchführung, Correspondenz, Geldwechsel, und Wechselpapierhandel u. s. w., nebst einem vollständigen Wörterbuch (eig. u. f. d. beide zusammen nur 1 Thlr. —
Dr. Joh. Müller, Die Alterthümer des östindischen Reiches, mit prächtvoll ausgeführten colorirten Kupfern, nebst Text, in einem Prachtband, statt 4 Thlr. 15 Sgr. nur 1 Thlr. 28 Sgr. — 1) Körner's sämtliche Werke, neueste Ausgabe, 2 Bde., sehr elegant gebunden, 2) Wanderungen unter den Indianern Nordamerikas, höchst interessant für Jung und Alt, mit prächtvoll colorirten Kupfern und Holzschnitten, gebd., beide zus. nur 40 Sgr. — 3) Schott's sämtliche Romane und Dichtungen in neuer Ausgabe, 12 starke Bände, nur 4 Thlr. 12 Sgr. — Neue Romanebibliothek, herausgegeben von den ersten und besten Schriftstellern der Gegenwart, die schönsten Romane enthaltend, nur 40 Sgr. — Parthen deutscher Dichter, die schönsten und besten Gedichte der ersten Dichter wie Goethe, Schiller, Lessing, Uhland, Heine u. s. w. enthaltend, in einem Prachtband mit Holzschnitt (vorzügliches Damengesehen), nur 35 Sgr. — 1) Chateaubriand's sämtliche Werke, neue deutsche Uebersetzung, 12 Bde., mit feinen englischen Stahlstichen in Prachteinbänden; 2) Das goldene Buch der Welt, die schönsten und besten Erzählungen u. s. w. enthaltend, mit sehr vielen Abbildungen, elegant ausgestattet, beide Werke zusammen nur 2 Thlr. 28 Sgr. —
Casanova's Memoiren, neueste und beste deutsche Ausgabe, 30 Thlr., mit über 50 Kupferstichen, nur 3 Thlr. 28 Sgr. — Die Wunder der Jugend, oder das Geschlechtsleben in seinem ganzen Umfange, nebst Beschreibung der Krankheiten und der hierbei betheiligten Organe, mit sehr vielen Illustrationen, über 700 Seiten stark, 1 Thlr. 12 Sgr. — Der Feiertag, Roman und Novellenammlung der ersten und besten Schriftsteller der Jetztzeit, 6 starke Bde., mit ca. 50 fein ausgeführten Stahlstichen und vielen Illustrationen, zusammen nur 1 Thlr. — 1) Geheimnisse über die Kunst zu lieben, 2) 10 Jahre aus dem Leben einer jungen Frau, 3) Frauenliebe, alle 3 Bde., höchst interessant zusammen 2 Thlr. — Goethe's sämtliche Werke, 40 Bde., in Prachteinbänden, nur 6 Thlr. 28 Sgr. — Heine's sämtliche Werke, 18 Bände, elegant ausgestattet, 8 Thlr. 24 Sgr. — 1) Schiller's sämtliche Werke, 12 Bde., in Prachteinbänden, 2) J. J. F. Samml. bibliotek die schönste u. besten Erzählungen enth., 4 Bde., mit vielen Illustrat., beide Werke nur 2 Thlr. 28 Sgr. — Sammlung v. 8 höchst interessanten u. pikanten Schäften, alle 8 Bde. zusammen 1 Thlr. 24 Sgr. — Reuth, die Fortpflanzung des Menschen, abh. von dem freien Willen beiderlei Geschlechter mit vielen anatomischen Abbildungen 1 Thlr. 15 Sgr. — 1) Büchner's sämtliche Werke, neueste Ausgabe, 12 Bde. 2) Sammlung von humoristisch u. Erzählungen und Anekdoten u. s. w., beide Werke zusammen nur 2 Thlr. — Byron's complete Works in five Volumes sehr elegante Ausgabe mit feinen englischen Stahlstichen, statt 2 Thlr. 15 Sgr. nur 35 Sgr. — Deutsche Kunst in Bild und Wort, Pracht-Kupferwerk ersten Ranges mit prächtvoll ausgeführten Kupfern, nebst Text der ersten Schriftsteller der Jetztzeit, in einem Prachtband mit reichem Goldschmuck und Goldschnitt, statt 5 Thlr. 15 Sgr. nur 2 Thlr. 24 Sgr. — 1) Dr. Le Plat, Das Geschlechtsleben in der Liebe und Eh. 2) Gründlicher Ratgeber für das Leben und außer der Eh., welche über die Geschlechtsverhältnisse des Menschen. 3) Der Mensch von der Wiege bis zum Grabe, Beschreibung in der Zeit, in der Kunst, das Leben und die Gesundheit der Mensch zu erhalten u. d. ihre Krankheiten zu heilen, alle drei Werke zusammen, 1 Thlr. 15 Sgr. — Liebeschwäne, Erzählungen der Königin Margarethe von Navarra und Ludwig XI. von Frankreich, höchst interessant und pikant, 300 Seiten stark, 35 Sgr. — Humoristisch-satirisches Lexikon, herausgegeben von den ersten und besten Humoristiken der Jetztzeit, 36 Bde., Tausende von Anekdoten und humoristischen Erzählungen enthaltend, zusammen nur 5 Thlr. 15 Sgr. — 1) Lessing's sämtliche Werke, 11 Bde., in Prachteinbänden, 2) Sammlung von höchst interessanten Erzählungen, beide Werke zusammen nur 3 1/2 Thlr. — 1) Tanzalbum für 1873, die neuesten und beliebtesten Tänze für Piano-Orte enthaltend, 2) Schrader, Tod und Leben, leicht panender Roman, 2 Bde., beide zusammen nur 1 Thlr. 24 Sgr. — Sammlung von höchst interessanten und pikanten Photographien, 2 Thlr. —

14 verschiedene Jugendschriften und Bilderbücher für das Alter von 2 bis 16 Jahren, zusammen für 2 Thaler!!!

mit Hunderten prächtvoll colorirten Kupfern und Abbildungen, unter Andern ein Band „Buch der Welt“, eine vollst. Geschichte des Krieges 1870-71. Indianer- und Jagd-Abenteuer, wie Lederstrumpf-Erzählungen, ein großes Märchenbuch, die besten und beliebtesten Märchen enthaltend, ferner die schönsten Bilderbücher für kleine Kinder, die schönsten Erzählungen, Reisebeschreibungen u. s. w., eine vollständige Jugendbibliothek der beliebtesten Jugendschriftsteller, wie Hoffmann, Merck, Kleike u. s. w., eine der besten Auswahl, deren Ladenpreis im Buchhandel ca. 10 Thaler ist;

alle 14 Jugendschriften für den Spottpreis von 2 Thlr.

Gratis erhält Jeder bei einem Auftrage von 5 Thlr. Romane oder Jugendschriften nach Wunsch, bei größeren Aufträgen Classiker, Kupferwerke, Romane u. s. w.

Nur neue complete und fehlerfreie Bücher werden geliefert.

Man wende sich nur direct an die Buchhandlung von

A. Henschel & Co.,
Hamburg, 18, Bleichenbrücke 18.

Die Bücher werden post- und steuerfrei gesandt.

Durch billige Einkäufe im Stand gesetzt, verkaufe ich von jetzt an:
Brennkohle pro Tonne 1 Thlr. 16 Sgr.,
Holz Kohle pro Schffel 10 Sgr.,
Schmiedekohlen pro Schffel 11 Sgr. u. 11 1/2 Sgr.
Auch ist Kleinkohle stets zu haben bei
Paul Röhr,
Böttcherstr. 15.
Einen Wirtschaftsfreier und einen Gelernten, sowie einen Gärtner, der mit der Wirtschaft vertraut ist, sucht Dom. Gr. Starolenta bei Posen.

Eine Partie Parthies, in sehr schönen Mustern empfiehlt zu auffallen billigen Preisen
Wilhelm Neuländer,
Markt 60, Ecke der Breslauerstraße.
Besten diesjährigen blauen Eigniger und weißen Mohr empfiehlt
A. Wutke, Wasserstr. 8/9.

Frischen Dorsch,
à Pfd. 2 1/2 Sgr., Kleiner Spottten à Pfd. 2 1/2 Sgr., ger. und mar. Mal empfing heute und empfiehlt
A. Gule, Wasserstr. 25.

Gesucht auf St. Martin o. d. Nachbarhaft 1 Stubchen mit od. ohne Möb. u. ohne Bett. — Mr. Exp. d. Bl. Chiffre A 3.

Eine Directrice für ein Puzgeschäft wird zum Februar oder März t. J. gegen gutes Salair gesucht. Best. clanten wollen sich gef. unter sub W. 100. in der Expedition dieser Zeitung melden.

Junge Mädchen, welche im Weißnähen geübt sind, finden dauernde Beschäftigung Schloßstr. 2, im 2. St.

!!! Bekanntmachung !!!
Soeben erhalten wir wieder Vorrath vom **Thesens im Baby-rinth Spiel**, sowie von **Steppchen der Piffikus** mit den dazu gehörigen Plumpsäcken von der **Plach'schen Buchhandlung** (Henri Sauvage).
Ernst Rehfeld's Buchhandlung,
Wilhelmsplatz 1.

Verlag von **B. S. Berendssohn** in Hamburg:
Der Maitre de plaisir beim Tanze.
Sammlung neuester und beliebtester
Tanzordnungen, Polonoise, Contretanz, Mazourke, Polka, Cotillon-Touren, Quadrille à la Cour und Alliance.
Ideen zu Masken-Scherzen.
Anleitung zum Selbstunterricht für Chapeaux d'honneurs und Balldirigenten
von **Jean Jacques.**
9. sehr vermehrte Auflage.
In Illustr. Umschl., eleg. brochirt. Preis 10 Sgr.
Vorräthig bei **Louis Türk, Wilhelmspl. 4.**

Chefs d'oeuvre de toilette!
Dr. Hartung's Chinarinden-Oel, zur Conservirung und Verschönerung der Haare; in versiegelten Flaschen; a 10 Sgr
Dr. Borchardt's aromatische Kräuter-Seife, zur Verschönerung und Verbesserung des Teints und erprobt gegen alle Hautunreinigkeiten; in Original-Päckchen; a 6 Sgr.
Professor Dr. Lindes Vegetabilische Stangen-Pomade, erhöht den Glanz und die Elasticität der Haare, und eignet sich gleichzeitig zum Festhalten der Scheitel; a 7 1/2 Sgr.
Apotheker Sperati's Ital. Honig-Seife zeichnet sich durch ihre belebende und erhaltende Einwirkung auf die Geschmeidigkeit und Weichheit der Haut aus; a 5 und 2 1/2 Sgr.
Dr. Hartung's Kräuter-Pomade, zur Wiedererweckung und Belebung des Haarwuchses; in Original-Tiegeln a 10 Sgr.
Dr. Suin de Boutemard's aromat. Zahnpasta, das universellste und zuverlässigste Erhaltungs- und Reinigungsmittel der Zähne und des Zahnfleisches; a 12 und 6 Sgr.
Dr. Koch's Kräuterbonbons, in Schachteln à 10 und 5 Sgr., bewahren sich als besonders wohlthuend bei Husten, Heiserkeit, Rauheit im Halse etc.

Aecht in Posen einzig und allein zu den Originalpreisen vorrätig bei:

J. Menzel, (Carl Mattheus),
Wilhelmsstrasse, neben dem Postgebäude,
sowie auch in: **Bromberg:** Carl Schmidt, **Fraustadt:** Aug. Cleemann, **Gnesen:** J. B. Lange, **Jarocin:** S. Kolowski, **Inowracław:** Herm. Citron, vorm H. Senator, **Kempen:** M. Wohl, **Krotoschin:** A. E. Stok, **Lissa:** J. L. Hausen, **Mogilno:** Ewald Rudolph, **Nakel:** A. Gundlach, **Ostrowo:** Herm. Sieradzki, **Pleschen:** Th. Musielewicz, **Rawicz:** R. F. Frank, **Rogasen:** Jonas Alexander, **Samter:** W. Krüger, **Schroda:** Fischel Baum, **Schubin:** C. L. Albrecht, **Schwerin:** E. H. Cohn's Buchhandlung, **Trzemeszno:** G. Olawski, **Witkowo:** R. A. Langiewicz, **Wollstein:** O. Isakiewicz Nachf., **Wongrowicz:** J. E. Ziemer und in **Wreschen** bei C. Winzewski.

Nur bis Weihnachten!!
Goethe's sammtl. Werke, vollst. Ausgabe (keine Auswahl), welches Pap. er, guir. Dord. in 6 eleg. Leinenbänden 4 Thlr., do. in 1 eleg. Leinenband 1 1/2 Thlr.
Schiller's sammtl. Werke in 2 Ganzleinenbänden 1 1/2 Thlr., do. in 5 Leinenbänden 3 Thlr., do. in 10 sehr eleg. Ganzleinenbänden, feines Leinwandpapier, mit Holzschnitt in (reize der Ausgabe) 7 Thlr.,
Lessing's Werke in 1 Leinenband 25 Sgr., do. in 4 Ganzleinenbänden 3 1/2 Thlr.,
u. s. w. u. s. w. bei
Louis Türk
Wilhelmspl. 4.

W v i s.
Trotz der offenen Geschäftzeit eines meiner Co. currenten, erlaube mir dem P. T. Publikum die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich kein Kaufmann von allen Artike'n des **Kunsthandels** 20% Rabatt gewäh. e.
Posen, den 12. Decr. 1872.
Julius Monasch,
Buchhändler.

Von heute ab täglich
frischen **Königsberger Rindmarzipan,** sowie **Lübecker** in kleinen u. großen Stücken empfehlen
Frenzel & Co.
Bestellungen nach auswärts werden sofort expedirt.
Ein Privatlehrer wünscht im Herbst sein zu unterrichten. Näheres bei **Goldschmidt, Schulstr. 8.**
□ F. 13. XII. 7 A. M. C. □
Die Versammlung der polytechnischen Gesellschaft am Sonnabend d. 14. fällt, wegen anderweitiger Benutzung des Lokales, aus.
Der Vorstand.
Freitag Abend: Karpfen mit **Brogunda** bei
L. Grzybowski,
Breslauer- u. Taubenstr.-Ecke Nr. 10.

Passendes Festgeschenk.
Album von Posen.
18 Erinnerungsbilder, nach der Natur gezeichnet und lithographirt von **Robert Geisler** in Berlin.
N. 4° in eleganten Umschl. gebd. Preis Thlr. 1, 20 Sgr.
Robert Geisler, durch zahlreiche ähnliche Arbeiten rühmlich bekannt, hat diesem Album eine besondere Sorgfalt gewidmet. Dasselbe wird deshalb in seiner eleganten Ausstattung allen früheren Posenern und Freunden Posens eine willkommenes Festgeschenk sein.
Ernst Rehfeld's
Buch- und Kunsthdlg.,
Wilhelmspl. 1 (Hotel de Rome).

Zur
Kölner Dombau-Lotterie,
Hauptgewinn:
25,000 Thlr.,
derenziehung am 16. Jan. 1873 stattfindet, sind Loose à 1 Thlr. in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.
Stellensuchende
Junge Kaufleute aller Branchen können jedes Engagement nachgewiesen erhalten durch
S. Guttmann's
merf. Nachw. Gesch., Rattowisch D/S.
Zur Rückf. eine Marke beizufügen.
Mittwoch, den 18. Dezember, 6 Uhr.
Geistliches Konzert
im Tempel der israelitischen Brüdergemeinde zum Besten der Hinterbliebenen in Ostrowo.
Der Vorstand.

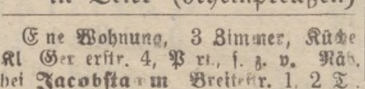
Dankfagung.
Für die zahlreiche, ehrenvolle und freundliche Begleitung unseres Vaters, Schwiegervaters und Großvaters des Kaufmanns
August Goffbauer
zu seiner letzten Ruhestätte, sagen wir allen Betheiligten, namentlich dem wohlwollenden Bürger-Gesang-Verein sowie der Schützengilde unseren wärmsten und aufrichtigsten Dank.
Neutomysl, den 10. December 1872.

Die Hinterbliebenen.
Stadttheater zu Posen.
Am 27. u. 29. Decbr. a. c. nur 2 Vorstellungen der **Pollini'schen italien. Operngesellschaft** mit Signora **Desirée Artôt.**
Sigr. Vidal, 1. Tenor; Sigr. de Padilla, 1. Bariton; Sigr. Rossi, 1. Bass-Buffo; Sigr. Mann 1. Bassist; Kapellmeister Sigr. Gonla.

Stadt-Theater.
Freitag, 13. d. M. **Der Wildschütz.**
Sonnabend, den 14. d. M. **Verlegtes Gastspiel des Hofkapitales Hrn. Otto Lehfeld: Faust Tragödie.**
Volksarten-Theater.
Heute Donnerstag: Die Kunst, geliebt zu werden. — Die Heimkehr des alten Geigers u.
Meine Restauration mit vorzüglicher kalter und warmer Küche, guten preiswerthen Getränken empfehle ich einer gewissen Beachtung.
Ludwik Grzybowski,
Breslauer- u. Taubenstr.-Ecke.
Heute Donnerstag, den 12. d. M. **Miss Giesbue** und **Kügelunterhaltung,** Sonnabend, d. 14. **Wurstabendbrot,** u. u. ergebenst einladet
W. Schubert, Jerzyce.
Heute Abend **Giesbue** bei **O Meyer,** Halldorfstr. 2.
Heute Abend **Giesbue** bei **A. Romanowski,** St. Martin 69.

Das Dominum Schoffen,
bei Schoffen.

von
Wilh. Conrad,
Stettin (S. Unhof).



Kirschen, getrocknete, emp-
fiehlt Wieder-
verläufe n bittet
24. Wutfe. Wasserfr. 8/9.

Eine ordentliche Ackerbau, nicht zu
st für zwei Kinder, findet zu N. u. b.
bei mir Stellung.
Koninko b. Polen.
Grazmann

Wwe. Hoffbauer
in Neutombsl.

Magdeburg, 10. Dezember. Weizen 78-82 Rtl., Roggen 59-61 Rtl.
Gerste 55-74 Rtl., Hafer 45-50 Rtl. für 2000 Pf. (S. u. G. d. S.)

Stettin, 10. Dezbr. (Amtlicher Produktionsbericht.) In Quantitäten
pro Tonne von 2000 Pf. halbenacht) — Weizen loco unverändert, hoch-
unter 80-86 Rtl. S., hundert 74-80 Rtl. S., rother 74-80 Rtl. S. — Rog-
gen loco unverändert inländischer 46-53 Rtl. S. loco russischer 43-50 Rtl.
pro Dez. — Rtl. S. — G., Frühjahr 1873 5 1/2 Rtl. S. 50 1/2 — Gerste loco
rothe 42-52 Rtl. S., kleine 42-52 Rtl. S. — Hafer loco 33-42 Rtl. S. pro
Frühjahr 1873 42 Rtl. S. 41 — Erbsen grüne schwer verkäuflich, loco weiße
3-46 Rtl. S., grau 50-63 Rtl. S., grüne 45-60 Rtl. S. — Bohnen loco blau,
3-48 Rtl. S. — Wicken loco blau 25-38 Rtl. S. — Senfsaat loco seine
90-90 Rtl. S., mittel 65-80 Rtl. S., verändert 45-65 Rtl. S. — Rübsaat
loco pro 200 Pf. 93-102 Rtl. S. — Kleesaat, loco rothe pro 200 Pf.
— Rtl. S., weiße —. — Trogweizen loco pro 200 Pf. 18-20 Rtl. S.
Süßhol loco pro 100 Pf. 11 Rtl. S. — Korbh 11 Rtl. S. — Seidhol loco pro 100

Bank-Actien.		Rhein-Nahe	
Berliner Bankverein	— —	Schweier Anton	26½ ⑤
dito Bank	— —	dito Westbahn	48½ ⑤
dito Produkten-Handbl.	— —	Sieggard-Posen	100½ ⑤
dito Wechsel-Bank	67½ ⑤	Rumänische	43½ ⑤
Dresdener Diskontobank	136½ ⑤	Berlin - Dessau Stamm	— —
Berliner Disk.-Komm.	— —		
Central-Genoss.-Bank	— —	Industrie-Actien	
Deuts. Hyp.-Bk. Berlin	— —	Marienbütte	— —
Centralb. f. Ind. u. Hand.	115½ ⑤	der Bütte	— —
Kreutzk. Bank f. Com.	95½ ⑤	Berl. Holzkomptoir	113½ ⑤
Meininger Kreditbank	161½ ⑤	Berl. Viehhof	— —
Oester. Kredit	207½ ⑤	Hoffmann Waggonfabr.	— —
Sächsische Bank	110½ ⑤	Bauchhammer	114½ ⑤
		Pos. Bierbrauerei	100 ⑤
		Sauerbütte	— —

Ankommende Posten.			Abgehende Posten.		
Pers.-Post von Wreschen 3 U. 45 M. früh	Pers.-Post n. Schwerin 7 U. 45 M. früh		Pers.-Post n. Schwerin 7 U. 45 M. früh	Pers.-Post v. Schwerin 7 U. 45 M. früh	
- Wöngrowitz 4	-		- Wöngrowitz 7	-	
- Krotoschin 6	50		- Kurnik 8	20	
- Stenzewo 8	10		- Stenzewo 5	30 Nachm.	
- Obornik 3	20		- Obornik 6	-	
- Ostrowo 8	50		- Krotoschin 8	10	
- Kurnik 6	55 Nachm.		- Ostrowo 9	20 Abend	
- Wöngrowitz 8	5 Abend		- Wöngrowitz 11	30 Nachts	
- Flöschon 8	15		- Wreschen 11	45	
- Schwerin a. W. 9	20				

Die Dreißiger Kommission beschloß mit 18 gegen 8 Stimmen, vor Allem den Anfang der Gewalten der gegenwärtigen Regierung festzustellen und demnächst den Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister zu berathen. Thiers übersandte der Kommission ein Schreiben, worin er der Kommission sein Erscheinen zusagt, um eine Einigung über die zu fassenden Beschlüsse herbeizuführen. Er wolle die Aufmerksamkeit der Versammlung auf diejenigen Punkte lenken, welche die öffentliche Meinung Frankreichs hauptsächlich in Anspruch nehmen, werde jedoch mit bestimmten Entwürfen nicht eher hervortreten, bis ein gegenseitiger Meinungs Austausch dieses als zweckentsprechend erscheinen ließe.